



# **Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

**Haushaltssicherungskonzept  
für die Jahre 2009-2013**

**Beschluss der Bürgerschaft vom 14. Dezember 2009**

# 1 Inhaltsverzeichnis

1	Inhaltsverzeichnis	2
2	Ausgangspunkt	3
3	Ziele der Haushaltssicherung	4
4	Haushaltsanalyse für den Zeitraum 2005 bis 2009	4
4.1	Entwicklung des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt von 2005 bis 2009	6
4.2	Entwicklung der Einnahmen	7
4.2.1	Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen	8
4.2.2	Entwicklung der Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	11
4.2.3	Entwicklung der sonstigen Finanzeinnahmen	12
4.3	Entwicklung der Ausgaben	13
4.3.1	Entwicklung der Personalausgaben	14
4.3.2	Entwicklung des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwands	16
4.3.3	Entwicklung der Zuweisungen und Zuschüsse ( 70-79)	22
5	Fortschreibung der Haushaltssicherung ab 2010	24
5.1	Konsolidierungsbedarf	24
5.2	Maßnahmen zur Haushaltssicherung im Finanzplanzeitraum 2010 bis 2013	26
6	Ergebnis der Haushaltssicherung	35
7	Übersicht der Maßnahmen	37
8	Finanzplanung 2010-2013 als Ausgangspunkt des HSK	38
9	Beschluss über das HSK vom 14. Dezember 2009-12-16	43

## 2 Ausgangspunkt

Der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (UHGW) ist es im Zeitraum von 2006 bis 2009 gelungen neue Haushaltsdefizite zu verhindern und bestehende Haushaltsdefizite in erheblichem Umfang abzubauen. Dabei konnte gleichzeitig die Investitionsquote auf einem im Vergleich zu anderen Städten hohem Niveau stabilisiert werden.

Für die kommunale Selbstverwaltung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wurde ein erhebliches Stück Handlungsfreiheit zurückgewonnen. In Greifswald gibt es deshalb freiwillige Ausgaben auf erfreulich hohem Niveau. Der Standort hat davon profitiert und wird weithin positiv wahrgenommen. Es wurde damit auf der kommunalen Entscheidungsebene die Basis für eine stabile bis dynamische Entwicklung in den Bereichen Universität, Wirtschaft, Tourismus, Bildung, Kultur, Sport, Gesundheit, Wissenschaft, Familienfreundlichkeit, Soziales und Klimaschutz gelegt. Greifswald ist ein attraktiver Wohn- und Ausbildungsstandort und wird damit auch zu Recht als das Zentrum Vorpommerns und der „kleine Leuchtturm“ des Nordostens angesehen.

### **Es ist viel erreicht und deshalb steht auch viel auf dem Spiel.**

Trotz der positiven Entwicklung ist es nicht gelungen, die Altfehlbeträge vollständig abzubauen. Es gibt praktisch keine Rücklagen. Es werden keine Überschüsse erwirtschaftet, die Investitionen oder Rücklagen zu Gute kommen können. In kommunalen Einrichtungen besteht ein teilweise immenser Instandhaltungs- und Investitionsstau. Der weitere Ausbau von Gewerbeflächen stagniert.

In dieser Situation wird die Universitäts- und Hansestadt Greifswald von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise getroffen. Der vorliegende Finanzplan weist einen deutlichen Einnahmerückgang und einen weiteren Ausgabeanstieg aus. Treffen diese Finanzplanerwartungen ein, so werden neue Haushaltsdefizite entstehen. Damit gehen Handlungsspielräume wieder verloren, Investitionen und Instandhaltung werden noch weiter eingeschränkt. Es besteht die Gefahr, dass die positive Entwicklung Greifswalds gestoppt wird.

Hinzu kommt, dass die Landesregierung entschlossen ist, eine Kreisgebietsreform durchzuführen, in deren Ergebnis Greifswald die Kreisfreiheit verlieren würde. Aufgrund der Ergänzungs- und Ausgleichsfunktion der Landkreise und ausweislich der Begründung der Landesregierung zum Gesetzentwurf ist zu erwarten, dass ein Teil der Finanzkraft Greifswalds abgezogen würde, um die extreme Schwäche anderer Standorte in Vorpommern auszugleichen. Dies lässt neben einer schlechteren Einnahmesituation auch höhere Ausgaben, insbesondere in Form einer Kreisumlage, erwarten. Dabei wäre Greifswald eine kreisangehörige Stadt in einem Landkreis, dessen bisherige Rechtsvorgänger bis jetzt ein Defizit in erheblicher Höhe angehäuft haben, ohne erkennbar erfolgreiche Ansätze zur Haushaltskonsolidierung auszuweisen.

Über dies werden sich die finanziellen Rahmenbedingungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich dauerhaft verschlechtern, da dem Land aus den unterschiedlichsten Gründen künftig weniger Einnahmen zur Verfügung stehen.

Diese Herausforderungen anzunehmen, setzt voraus, dass alle Entscheidungsmöglichkeiten der Bürgerschaft zur Erhaltung der Handlungsfreiheit intensiv geprüft und in großem Umfang ausgenutzt werden müssen. Gleichzeitig darf, ohne dass dies eine Aufgabe des Haushaltssicherungskonzeptes wäre, nicht versäumt werden, bei Entscheidungsträgern des Landes für eine Verbesserung der Rahmensituation für Greifswald zu werben. Ein Bundesland, das nicht in der Lage ist, seinen Kommunen einen ausreichenden Handlungsspielraum zu ermöglichen, stellt auf Dauer seine eigene Existenz in Frage.

### **3 Ziele der Haushaltssicherung**

In der aktuellen Situation gibt es kurzfristigen und mittel- bis langfristigen Bedarf für Sicherungsmaßnahmen. Insgesamt muss das Konzept einen ausgeglichenen Haushalt ausweisen, da nur so die dringend erforderlichen Kreditaufnahmen für Investitionen genehmigungsfähig sind.

Kurzfristig muss verhindert werden, dass durch den starken Einbruch der Einnahmen neue Defizite entstehen, die zu einer Belastung künftiger Haushaltsjahre werden. Das bedeutet, dass die Haushaltspläne 2010 und 2011 unter dem Ansatz größter Ausgabezurückhaltung aufgestellt werden müssen, da strukturelle Haushaltssicherungsmaßnahmen erfahrungsgemäß einige Zeit brauchen, bevor sie wirken und da die Prognosen der Steuerschätzer eine deutliche konjunkturelle Erholung ab 2012 prognostizieren und damit auch auf der Einnahmeseite mit Entlastungen zu rechnen ist.

Der Haushalt muss also ohne gravierenden Schaden für die Stadt über die Konjunkturdelle gebracht werden.

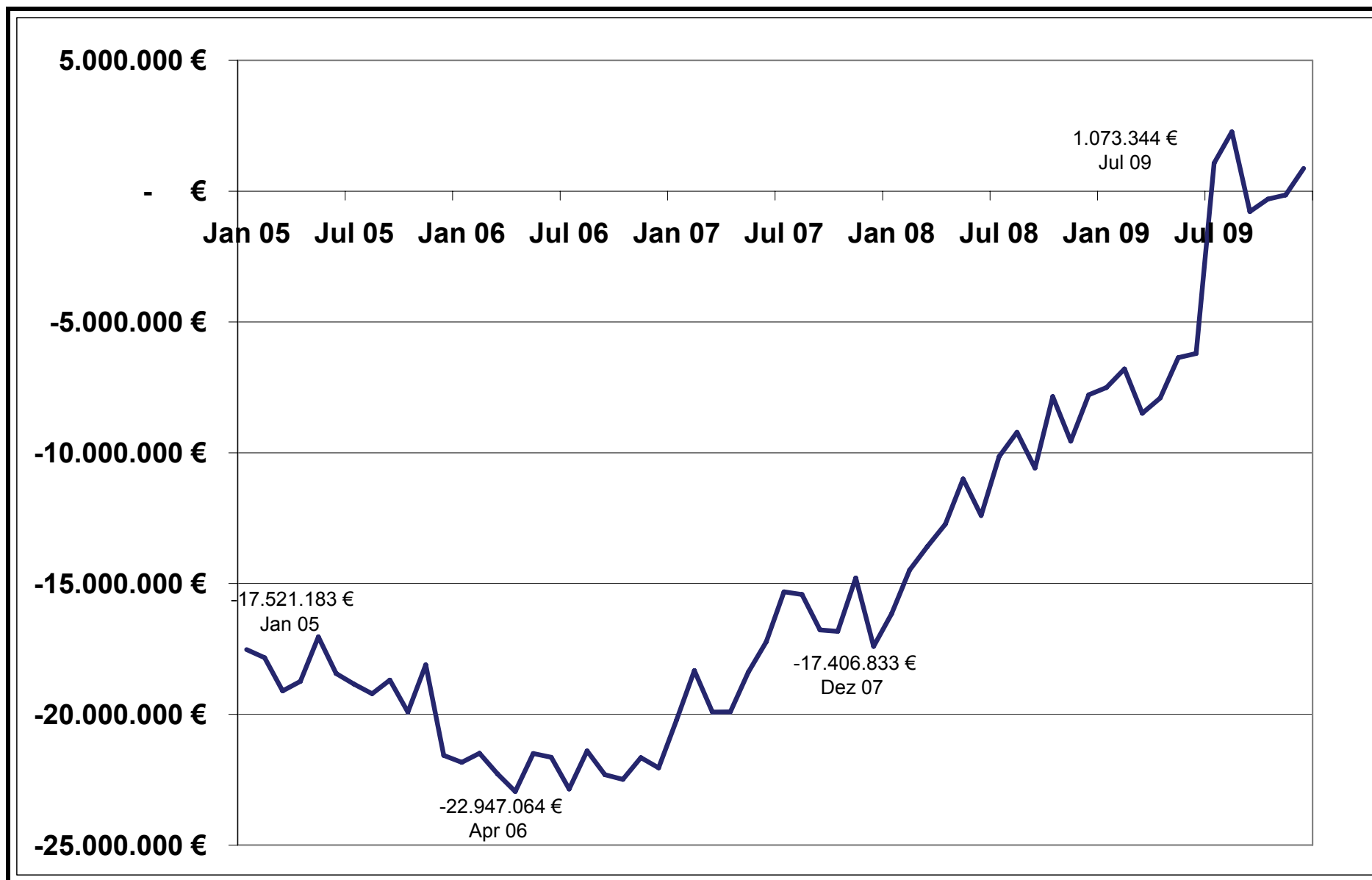
Mittelfristig müssen Freiräume durch strukturelle Veränderungen geschaffen werden.

Im Ergebnis müssen Defizite beseitigt sein und Überschüsse für Investitionen oder für die Rücklagenbildung erwirtschaftet werden. Gleichzeitig muss die Instandhaltung in dem erforderlichen Umfang möglich sein.

### **4 Haushaltsanalyse für den Zeitraum 2005 bis 2009**

Voraussetzung für die Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes 2009 ist eine umfassende Haushaltsanalyse. Diese gibt Auskunft über die aktuelle und zukünftige Entwicklung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und zeigt die Ursachen für die Entstehung des Fehlbetrages. Bezüglich ausführlicher Informationen wird auf den aktuellen Haushaltsplan verwiesen.

Ohne ausschweifende Erklärungen kann der Erfolg der bisherigen Haushaltssicherungsbemühungen an folgender Grafik verdeutlicht werden. Diese stellt die Entwicklung der Inanspruchnahme von Kassenkrediten durch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald auf Basis der jeweiligen Monatsendbestände dar. Zwischen der Inanspruchnahme von Kassenkrediten und der Höhe der Haushaltsfehlbeträge besteht ein direkter Zusammenhang, der lediglich durch die Verschiebungen von Zahlungsterminen innerhalb eines Jahres und vorhandenen Haushaltsausgaberesten des Vermögenshaushaltes beeinflusst wird.



#### 4.1 Entwicklung des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt von 2005 bis 2009

Angaben in TEUR

		PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
<b>Einnahmen</b>	<i>Summe</i>	138.314	133.815	130.448	120.919	111.605
	<i>Entwicklung</i>	3,4 %	2,6 %	7,9 %	8,3 %	-
<b>Ausgaben</b>	<i>Summe</i>	140.904	136.659	137.072	131.191	125.716
	<i>Entwicklung</i>	3,1 %	- 0,3 %	4,5 %	4,4 %	-
	<b>Saldo</b>	<b>-2.590</b>	<b>-2.844</b>	<b>-6.624</b>	<b>-10.272</b>	<b>-14.111</b>

In den Jahren 2007 und 2008 ist es gelungen, Altfehlbeträge in Höhe von insgesamt 14,8 Mio. EUR abzubauen. Das Defizit im Planansatz 2009 ist begründet in der Verrechnung des Soll-Fehlbetrages aus 2007 in Höhe von 6.624.500 TEUR, so dass der geplante jahresbezogene Überschuss 4.033.200 TEUR beträgt. Gegenwärtig wird erwartet, dass das Haushaltsjahr 2009 fast ausgeglichen abgeschlossen werden kann, so dass dann nur noch ein Altfehlbetrag von 2,8 Mio. EUR auszugleichen wäre.

## 4.2 Entwicklung der Einnahmen

### Einnahmen des Verwaltungshaushaltes in TEUR

HGr.	Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			
							2009	2008	2007	2006
0	<u>Steuern, allgem. Zuweisungen</u>	66.430	69.053	61.560	57.136	53.941	-3,8	12,2	7,7	5,9
	<i>Grundsteuer A und B</i>	4.022	3.995	3.991	3.960	4.056	0,7	0,1	0,8	-2,4
	<i>Gewerbsteuer</i>	12.500	13.516	11.001	10.978	8.941	-7,5	22,9	0,2	22,8
	<i>Sonstige Steuern</i>	2.323	2.039	1.939	1.945	1.571	13,9	5,2	-0,3	23,8
	<i>Anteil an der Einkommenssteuer</i>	8.783	9.860	7.932	6.094	5.747	-10,9	24,3	30,2	6
	<i>Schlüsselzuweisungen</i>	22.527	23.081	20.870	18.643	18.417	-2,4	10,6	11,9	1,2
	<i>Sonstige allgemeine Zuweisungen</i>	16.275	16.562	15.827	15.516	15.209	-1,7	4,6	2	2
1	<u>Einnahmen aus Vw. u. Betrieb</u>	54.691	51.988	54.835	50.340	46.546	5,2	-5,2	8,9	8,2
	<i>Gebühren, Entgelte u. ä.</i>	17.381	15.954	18.834	16.945	14.283	8,9	-15,3	11,1	18,6
	<i>Sonstige Vw.- u. Betriebseinn.</i>	2.956	2.676	3.034	2.842	3.295	10,5	-11,8	6,8	-13,7
	<i>Erstattungen, Zuweisungen</i>	34.354	33.358	32.967	30.552	28.968	3	1,2	7,9	5,5
	<i>Fehlbetragszuweisungen</i>	0	0	0	0	0				
2	<u>Sonstige Finanzeinnahmen</u>	17.193	12.774	14.053	13.443	11.118	34,6	-9,1	4,5	20,9
	<i>Gewinnanteile, Konzessionsabg.</i>	9.200	4.367	3.173	4.877	3.397	110,7	37,6	-34,9	43,6
	<i>Sonstige Finanzeinnahmen</i>	6.293	7.757	7.022	7.480	6.753	-18,9	10,5	-6,1	10,8
	<i>Entnahme Rücklage</i>	1.700	650	3.858	1.086	968	161,5	-83,2	255,2	12,2
	<b>SUMME</b>	<b>138.314</b>	<b>133.815</b>	<b>130.448</b>	<b>120.919</b>	<b>111.605</b>	<b>3,4</b>	<b>2,6</b>	<b>7,9</b>	<b>8,3</b>

#### 4.2.1 Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen

Hier werden die Einnahmen aus der Grundsteuer A, der Grundsteuer B, der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer, der Vergnügungssteuer, der Hundesteuer und der Zuweisungen des Landes lt. FAG für den Verwaltungshaushalt zusammengefasst. Der Anteil dieser Einnahmen an den Gesamteinnahmen des städtischen Haushalts beträgt ca. 50 %.

Die Entwicklung in diesem Einnahmebereich hat es ermöglicht, dass die bis 2006 aufgelaufenen Fehlbeträge erheblich reduziert werden konnten. Im Haushaltsjahr 2009 findet wegen der Weltwirtschaftskrise ein leichter Einnahmerückgang gegenüber dem Vorjahr statt. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat aufgrund der aktuellen Konjunkturprognose und der Kassenergebnisse des ersten Vierteljahres seine Annahme vom November 2008 revidiert und eingeschätzt, dass die Steuereinnahmen der ostdeutschen Städte in den kommenden Jahren deutlich sinken werden. Bereits in 2009 wird ein Rückgang des Steueraufkommens von - 9,3 % und in 2010 von - 2,3 % prognostiziert.

##### Grundsteuer A und B

Angaben in TEUR					
Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
<u>Grundsteuer A und B</u>	4.022	3.995	3.991	3.960	4.056
<i>gemessen an den Gesamteinnahmen</i>	2,9 %	3,0 %	3,1 %	3,3 %	3,6 %

Die Einnahmen aus den Grundsteuern A und B sind in den letzten Jahren nahezu konstant. Der Hebesatz für die Grundsteuer A liegt gegenwärtig bei 230 %. Das Aufkommen dieser Steuer ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken und wird auch perspektivisch weiter sinken. Ursachen liegen in der Teilung, aber auch in der Zusammenlegung von Flächen, wobei die Wertgrenzen für eine Neubewertung nicht mehr erreicht werden. Der Hebesatz bei der Grundsteuer A ist seit 1990 unverändert und liegt mit 230 % weit unter dem Durchschnitt der anderen kreisfreien Städte in M-V mit 285 %. Gemäß § 26 des Grundsteuergesetzes bleibt es einer landesrechtlichen Regelung vorbehalten, in welchem Verhältnis die Hebesätze für die Grundsteuer A und B zueinander stehen müssen und welche Höchstsätze nicht überschritten werden dürfen. Eine solche Regelung gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nicht.

Bei der Grundsteuer B gibt es eine große Spannweite. Seit dem 1. Januar 2004 ist der Hebesatz für die Grundsteuer B auf 405 % festgelegt. Der bundesdurchschnittliche Hebesatz bei den Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern beträgt 494 %. Die Hebesätze lassen aber nur einen begrenzten Vergleich zu. Interessant ist der Vergleich des Steueraufkommens pro Kopf, der über die durchschnittliche absolute Belastung des Einzelnen Auskunft gibt. Dabei zeigt sich, dass Greifswald deutlich unterdurchschnittliche Einnahmen pro Kopf aus der Grundsteuer gegenüber den Vergleichsstädten erzielt, obwohl die Hebesätze sich nicht sehr stark voneinander unterscheiden.

Werte in EUR (2009)	Greifswald	Schwerin	Rostock(2008)	Wismar	Neubrandenburg	Stralsund	Dresden
Grundsteuer A pro Kopf	0,41	0,47	0,35	0,67	0,3	0,40	0,39
<i>Hebesatz</i>	<i>230%</i>	<i>300%</i>	<i>300%</i>	<i>300%</i>	<i>280%</i>	<i>300%</i>	<i>280%</i>
Grundsteuer B pro Kopf	74,61	127,05	97,06	84,42	106,82	89,61	142,81
<i>Hebesatz</i>	<i>405%</i>	<i>500%</i>	<i>450%</i>	<i>390%</i>	<i>410%</i>	<i>420%</i>	<i>635%</i>

## Gewerbsteuer

Angaben in TEUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Gewerbsteuer	12.500	13.516	11.001	10.978	8.941
<i>gemessen an den Gesamteinnahmen</i>	<i>9,1 %</i>	<i>10,1 %</i>	<i>8,4 %</i>	<i>9,1 %</i>	<i>8,0 %</i>

Die Gewerbesteuer ist vom Umfang die wichtigste eigene Steuerquelle, die in den letzten Jahren durch ihren Anstieg und die Verstetigung noch an Bedeutung gewonnen hat. Der Zuwachs an Einnahmen fand statt, obwohl der Hebesatz seit 2005 unverändert geblieben ist. Es ist festzustellen, dass es in Greifswald eine starke Streuung von Steuerzahlern über die Branchen hinweg gibt und dass es auch keine Steuerzahler gibt, die das Aufkommen besonders stark dominieren. Damit ist die Steuer nicht in dem Maße Extremschwankungen unterworfen, wie es in anderen Kommunen der Fall ist. Gleichzeitig bleibt aber festzustellen, dass die Steuerkraft im Vergleich zu den alten Bundesländern deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Die Quote der steuerzahlenden Gewerbebetriebe ist mit 21,04 % nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Das zeigt zum einen, dass es eine Vielzahl der Unternehmen noch nicht geschafft hat, nachhaltige Gewinne zu erzielen und zum anderen, dass diese Steuerart in Greifswald bei Erholung der allgemeinen Wirtschaft weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Die Schätzung der gewinnabhängigen Gewerbesteuer ist sehr schwierig. Das Aufkommen in Greifswald und die jährlichen Zuwachsraten an Gewerbesteuerereinnahmen entsprechen nicht dem aktuellen Trend in Mecklenburg-Vorpommern. Die steuersenkenden Effekte der Unternehmenssteuerreform 2008 sind in Greifswald noch nicht in dem erwarteten Umfang eingetreten bzw. durch vereinzelte Nachzahlungen kompensiert worden.

Der Hebesatz für die Stadt Greifswald beträgt derzeit 395 %, der durchschnittliche Hebesatz in den kreisfreien Städten in Mecklenburg-Vorpommern beträgt 407 %. Fraglich ist, wie eine Anhebung des Hebesatzes zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Entwicklung der Steuer wert- und mittelfristig beeinflussen würde.

Werte in EUR (Plan 2009)	Greifswald	Schwerin	Rostock(2008)	Wismar	Stralsund	Neubrandenburg
Gewerbsteuer pro Kopf	233,14	262,90	211,89	322,14	183,54	217,28
<i>Hebesatz</i>	<i>395%</i>	<i>420%</i>	<i>450%</i>	<i>380%</i>	<i>420%</i>	<i>375 %</i>

### Sonstige Steuern

Zu den sonstigen Steuern gehören die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, für die Erhebung der Hundesteuer und der Vergnügungssteuer. Der Anteil an den Einnahmen beträgt für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 1.973 TEUR, für die Vergnügungssteuer 200 TEUR und für die Hundesteuer 150 TEUR. Die Entwicklung der sonstigen Steuern stellt sich wie folgt dar:

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Sonstige Steuern	2.323	2.039	1.939	1.945	1.571
davon Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1.973	1.772	1.714	1.531	1.463
Vergnügungssteuer	200	126	81	265	-44
Hundesteuer	150	141	144	149	152

Der Negativ-Betrag bei den Vergnügungssteuern im Haushaltsjahr 2005 ergibt sich aus den Anordnungen auf das laufende Haushaltsjahr in Höhe von 119.176,61 EUR vermindert um die Summe von Zu- und Abgängen auf Kasseneinnahmereste in Höhe von 164.099,62 EUR. Im Haushaltsjahr 2005 mussten eine Reihe von befristeten Niederschlagungen aus Forderungen vergangener Jahre infolge von Insolvenzen der Schuldner durchgeführt werden. Um diesen Betrag verschlechterte sich das laufende Jahresergebnis.

### Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer

Angaben in TEUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	8.783	9.860	7.932	6.094	5.747
<i>gemessen an den Gesamteinnahmen</i>	<i>6,3 %</i>	<i>7,4 %</i>	<i>6,1 %</i>	<i>5,0 %</i>	<i>5,1 %</i>

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer hat im Jahresergebnis 2008 seinen bisher höchsten Wert erreicht. Im Haushaltsjahr 2009 wurden wegen der wirtschaftlichen Entwicklung Mindereinnahmen in Höhe von 1,1 Mio. EUR gegenüber dem Rechnungsergebnis 2008 geplant. Abschließende Aussagen über die Einkommenssteuer im Jahr 2009 können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht getroffen werden.

## Schlüsselzuweisungen

Angaben in TEUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Schlüsselzuweisungen	22.527	23.081	20.870	18.643	18.417
<i>gemessen an den Gesamteinnahmen</i>	<i>16,3 %</i>	<i>17,2 %</i>	<i>16,0 %</i>	<i>15,4 %</i>	<i>16,5 %</i>

Die Novellierung des FAG soll nach der Begründung der Landesregierung eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen sicherstellen. Aufgrund der jüngsten Schätzungen werden gegenüber den Vorjahren die Schlüsselzuweisungen vom Land drastisch zurückgehen und einen beispiellosen Einbruch erleben. Gegenüber 2009 sollen die kreisfreien Städte (Stand Mai 2009) ca. 13,6 % und in 2011 ca. 22 % weniger Zuweisungen erhalten. Für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald bedeutet das gegenüber den Planwerten 2009 Mindereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen in 2010 in Höhe von 3.063 TEUR und für 2011 von weiteren 1.893 TEUR.

## 4.2.2 Entwicklung der Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

### Gebühren und Entgelte

Angaben in TEUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Gebühren und Entgelte	17.381	15.954	18.834	16.945	14.283
<i>gemessen an den Gesamteinnahmen</i>	<i>12,6 %</i>	<i>11,9 %</i>	<i>14,4 %</i>	<i>14,0 %</i>	<i>12,8 %</i>

Bei den Gebühren und Entgelten handelt es sich um Verwaltungs- und Benutzungsgebühren. Verwaltungsgebühren werden für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen, wie z. B. Beglaubigungen, Pass- und Einwohnermeldeleistungen als auch für Baugenehmigungen erhoben. Benutzungsgebühren werden für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen bzw. für die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen, wie Abfallbeseitigung, Betreuungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen, Rettungsdienstleistungen u. a. erhoben. Die Benutzungsgebühren werden vorrangig in kostenrechnenden Einrichtungen erhoben und sind in kommunalen Satzungen geregelt. Die Mindereinnahmen in 2008 haben unterschiedliche Ursachen. So sind diese zu großen Teilen in den kommunalen Kindertagesstätten, beim Friedhof und im Rettungsdienst zu finden. Zum Beispiel wurden bei den kommunalen Kindertagesstätten in der 1. Nachtragssatzung 2008 keine kalkulatorischen Kosten für Miete und Nebenkosten mehr veranschlagt. Diese waren zuvor in der HH-Satzung als interne Leistungsverrechnung mit dem Immobilienverwaltungsamt geplant worden. Eine Neuberechnung der Elternbeiträge wurde allerdings nicht vorgenommen. Beim Friedhof sind die Mindereinnahmen im Wesentlichen auf einen Rückgang der Feierhallennutzung zurückzuführen.

**Erstattungen, Zuweisungen**

Angaben in TEUR

<b>Bezeichnung</b>	<b>PA 2009</b>	<b>JR 2008</b>	<b>JR 2007</b>	<b>JR 2006</b>	<b>JR 2005</b>
Erstattungen und Zuweisungen	34.354	33.358	32.967	30.552	28.968
<i>gemessen an den Gesamteinnahmen</i>	<i>24,8 %</i>	<i>24,9 %</i>	<i>25,3 %</i>	<i>25,3 %</i>	<i>26,0 %</i>

Zuweisungen und Zuschüsse entsprechend Gruppe 17 sind Finanzhilfen für das Theater, für die Aufgaben des Straßenbulasträgers, für den örtlichen Träger der Sozialhilfe und anderes. Diese Beträge sind kaum zu beeinflussen und hängen von den gesetzlichen Regelungen zur Finanzierung der Aufgaben ab.

**4.2.3 Entwicklung der sonstigen Finanzeinnahmen**

In dieser Hauptgruppe sind es vor allem die Einnahmen aus Gewinnanteilen an den verbundenen Unternehmen, die zu einer deutlich positiven Entwicklung im Jahr 2009 geführt haben. Die Gewinnausschüttung der WVG Greifswald mbH in Höhe von 5,9 Mio. EUR im Vergleich zu 1,1 Mio. EUR im Jahr 2008 ist ursächlich für diesen Anstieg.

### 4.3 Entwicklung der Ausgaben

#### Ausgaben des Verwaltungshaushaltes in TEUR

							Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			
HGr.	Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005	2009	2008	2007	2006
4	Personalausgaben	43.354	39.267	35.040	36.847	37.019	10,4	12,1	-4,9	-0,5
5/6	Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand	51.171	47.976	49.814	45.788	42.712	6,7	-3,7	8,8	7,2
	Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand	46.854	43.990	46.420	41.747	38.168	6,5	-5,2	11,2	9,4
	Innere Verrechnungen	2.035	1.516	894	952	1.460	34,2	69,6	-6,1	-34,8
	Kalkulatorische Kosten	2.282	2.470	2.500	3.089	3.084	-7,6	-1,2	-19,1	0,2
7	Zuweisungen und Zuschüsse	34.149	33.154	32.340	33.206	31.722	3	2,5	-2,6	4,7
	Zuweisungen und Zuschüsse	11.235	11.050	11.063	12.646	12.504	1,7	-0,1	-12,5	1,1
	Leistungen der Sozialhilfe u. Ä.	22.914	22.104	21.277	20.560	19.218	3,7	3,9	3,5	7
8	Sonstige Finanzausgaben	12.230	16.262	19.878	15.350	14.263	-24,8	-18,2	29,5	7,6
	Zinsausgaben	2.202	2.223	2.598	2.698	2.537	-0,9	-14,4	-3,7	6,3
	Sonstige Finanzausgaben	10.028	14.039	17.280	12.652	11.726	-28,6	-18,8	36,6	7,9
	<b>SUMME</b>	<b>140.904</b>	<b>136.659</b>	<b>137.072</b>	<b>131.191</b>	<b>125.716</b>	<b>3,1</b>	<b>-0,3</b>	<b>4,5</b>	<b>4,4</b>

Bei der Analyse der Ausgaben wird deutlich, dass der Abbau von Altfehlbeträgen nur möglich war, weil lediglich ein moderater Ausgabenanstieg zugelassen wurde. Insbesondere bei den Personalausgaben konnte eine effektive Absenkung bis zum Jahr 2007 erreicht werden. Wesentliche Ursachen für das Ansteigen der Gesamtausgaben im Haushaltsjahr 2009 sind vor allem in Mehrausgaben bei den Kosten für Unterkunft und Heizung, Sozialhilfeleistungen, der Grundsicherung im Alter, den Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen, Personalausgaben, der Gewerbesteuerumlage und bei den Zuschüssen für die Elternbeiträge begründet.

Zusätzlich wurde der Haushalt mit dem Abbau der Altfehlbeträge aus den Vorjahren belastet. Trotzdem ist es gelungen, Altfehlbeträge aus den Jahren 2007 und 2008 in Höhe von 14,8 Mio. EUR abzubauen. Für das Jahr 2009 ist eine weitere Reduzierung der Altfehlbeträge in Höhe von 4 Mio. EUR geplant. Haushaltsentlastende Einsparungen, insbesondere bei den Bewirtschaftungskosten, Geschäftsausgaben und bei den Zinsen für Kassenkredite, haben dieses Planergebnis ermöglicht.

Für das Haushaltsjahr 2010 war der Haushaltsausgleich geplant. Aufgrund der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise hat sich jedoch die Ausgangslage für die Haushaltsplanung 2010 und 2011 vor allem im Einnahmebereich erheblich verändert und ein Haushaltsausgleich ist unter den prognostizierten Entwicklungen nicht mehr möglich. Im Ergebnis bedeutet dies, dass der Haushaltsausgleich primär über die Senkung der Ausgaben erreicht werden muss. Insofern kommt der Analyse der Ausgaben besondere Bedeutung zu.

### 4.3.1 Entwicklung der Personalausgaben

Angaben in TEUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
PERSONALAUSGABEN	43.354	39.267	35.040	36.847	37.019
<i>gemessen an den Gesamtausgaben</i>	<i>30,8%</i>	<i>28,7%</i>	<i>25,6%</i>	<i>28,1%</i>	<i>29,4%</i>
Personalausgaben für Kernverwaltung	18.471	16.624	15.066	15.306	18.063
<i>Personalausgaben für Kernverwaltung pro Kopf</i>	<i>344,50</i>	<i>310,05</i>	<i>283,18</i>	<i>287,70</i>	<i>343,36</i>

#### Städtevergleich

Angaben in EUR

Bezeichnung (Plan 2009)	Greifswald	Schwerin	Rostock (2008)	Wismar	Stralsund
Personalausgaben pro Kopf	808	449	809	599	589
<i>davon Kernverwaltung</i>	<i>344</i>	<i>264</i>	<i>345</i>	<i>407</i>	<i>332</i>

Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes 2009 beträgt 30,8 %. Gegenüber dem Rechnungsergebnis 2008 stiegen die Personalausgaben im Planansatz 2009 um 4.245 Mio. EUR. Die Personalausgaben strukturieren sich wie folgt:

Angaben in EUR						
Gruppe	Bezeichnung	PA 2009	Ergebnis 2008	Ergebnis 2007	Ergebnis 2006	Ergebnis 2005
400	Aufwendung für ehrenamtliche Tätigkeit	99.700,00	67.567,09	55.489,59	58.627,33	64.780,82
410	Beamtenbezüge	2.571.100,00	2.458.396,52	2.245.198,51	2.189.972,87	2.192.053,86
411	Ausgaben Besoldung	164.700,00	108.954,30	244.154,44	296.556,05	343.021,61
414	Gehälter Arbeitnehmer	31.493.000,00	28.838.350,74	25.579.143,53	23.301.303,39	23.672.200,23
415	Löhne Arbeiter	0,00	-453,39	0,00	3.171.060,25	3.281.614,74
416	Honorare	378.600,00	277.426,75	244.057,00	289.926,88	259.598,21
420	Versorgungsbezüge Beamte	45.900,00	7.173,07	37.421,69	33.277,31	32.205,30
430	Kassenbeiträge Beamte	570.300,00	368.919,17	270.160,39	225.978,24	194.163,21
434	Kassenbeiträge Arbeitnehmer	1.105.200,00	1.030.518,06	826.090,98	813.738,52	822.565,92
435	Kassenbeiträge Arbeiter	0,00	0,00	0,00	110.280,80	112.477,78
438	Kassenbeiträge Sonstige	200,00	65,18	213,73	325,64	0,00
444	Beiträge Sozialvers. Arbeitnehmer	6.345.000,00	5.698.458,37	5.142.104,75	5.241.169,80	4.953.738,01
445	Beiträge Sozialvers. Arbeiter	0,00	-95,35	0,00	716.337,88	685.637,84
448	Beiträge Sozialvers. Sonstige	296.800,00	240.445,31	248.163,19	248.775,98	256.828,54
450	Beihilfen, Unterstützungen, usw.	227.300,00	137.851,47	135.111,30	145.253,49	141.786,36
460	Personalnebenausgaben	56.200,00	33.516,63	12.557,77	4.469,07	6.458,96

Am 31.12.2008 umfasste der Personalbestand in der UHGW 1.055 Beschäftigte, darunter 981 tariflich Beschäftigte, 64 Beamte und 10 geringfügig Beschäftigte. Außerdem befanden sich 31 Jugendliche in der Ausbildung. Die 1.055 Beschäftigten entsprechen 886,82 Vollbeschäftigteneinheiten. In der Kernverwaltung waren Ende 2008 insgesamt 347 Personen, in Einrichtungen insgesamt 634 Personen beschäftigt. Anhand der Altersstruktur ist ersichtlich, dass rund 87 % aller Beschäftigten zum Stichtag über 40 Jahre alt waren. Das Durchschnittsalter aller Beschäftigten betrug per 31. Dezember 2008 48,62 Jahre. Wird die natürliche Fluktuation betrachtet, werden 31,75% der Beschäftigten innerhalb der nächsten 10 Jahre das Renten- bzw. Ruhestandalter erreichen. Bis 2013 betrifft das 95 Beschäftigte und bis 2018 weitere 240 Beschäftigte.

Der hohe Anstieg der Personalausgaben von 2007 zu 2008 ist in dem Auslaufen des bezirklichen Tarifvertrages zum 31. März 2008 und in Neueinstellungen im Bereich des pädagogischen Personals in den Kindertagesstätten begründet.

Mit Beendigung des bezirklichen Tarifvertrages erhöhte sich die wöchentliche Arbeitszeit von 36 auf 40 Arbeitsstunden. Des Weiteren erfolgte zum 1. Januar 2008 die festgesetzte Angleichung der Entgelte an das Tarifgebiet West in den Entgeltgruppen 1 bis 9 auf 100 %. Zusätzlich erfolgte in 2008 die im TVöD geregelte Einführung eines Leistungsentgeltes.

Für die Planwerte im Haushaltsjahr 2009 wurden weitere Tarifsteigerungen bei den tariflich Beschäftigten zum 1. Januar 2009 in Höhe von 2,8 % zuzüglich einer einmaligen Sonderzahlung in Höhe von 225 EUR berücksichtigt. Die für die Beamten zum 1. August 2008 beschlossene Besoldungserhöhung in Höhe von 2,9 % fand bei der Planung ebenfalls Berücksichtigung. Die Versorgungsumlage der Beamten erhöht sich in 2009 von 10,5 % auf 17 %.

### 4.3.2 Entwicklung des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwands

Angaben in TEUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Sächl. VW- u. Betriebsaufwand	51.171	47.976	49.814	45.788	42.894
<i>gemessen an den Gesamtausgaben</i>	<i>36,3%</i>	<i>35,1%</i>	<i>36,3%</i>	<i>34,9%</i>	<i>34,1%</i>

### Städtevergleich

Angaben in EUR

Bezeichnung (Plan 2009)	Greifswald	Schwerin	Rostock(2008)	Wismar	Stralsund	Neubrandenburg	Dresden
Sächl. VW- u. Betriebsaufwand	51.171	86.863	171.182	39.972,5	29.608	21.580	319.853.200
<i>Ausgaben pro Kopf</i>	<i>954,42</i>	<i>902,19</i>	<i>856,48</i>	<i>888,00</i>	<i>510,28</i>	<i>323,27</i>	<i>630,24</i>

Im Haushaltsjahr 2009 sind 36,3 % der Gesamtausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand geplant. Gegenüber dem Rechnungsergebnis von 2008 ist das eine Erhöhung um 3.195 TEUR. Wesentliche Gründe sind in einem Anstieg der Ausgaben für Werterhaltung, für Mieten und Pachten, für die Bewirtschaftung, für die Abfallwirtschaft, Kosten der Datenverarbeitung, Steuern und Versicherungen, für sonstige Geschäftsausgaben und Erstattungsleistungen an Gemeinden zu finden.

## Werterhaltung

Angaben in EUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Ausgaben für Werterhaltung 50, 51	2.909.200	1.969.561	3.850.819	3.165.331	1.907.783
darunter Innere Verrechnungen	-	-	2.001.000	1.510.000	-
bereinigte Werterhaltung	2.909.200	1.969.561	1.849.819	1.655.331	1.907.783
<i>gemessen an den Gesamtausgaben</i>	<i>2,06 %</i>	<i>1,44 %</i>	<i>1,35 %</i>	<i>1,26 %</i>	<i>1,5%</i>

### Städtevergleich

Angaben in EUR

Bezeichnung (Plan 2009)	Greifswald	Schwerin	Rostock(2008)	Wismar	Stralsund	Neubrandenburg
Ausgaben für Werterhaltung pro Kopf	54,26	11,01	35,24	32,96	34,70	(Auslagerung in Eigenbetrieb)

Unter Werterhaltung sind die Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen und des sonstigen unbeweglichen Vermögens zu verstehen. Gemessen an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes beträgt der Anteil der Ausgaben für Werterhaltung für 2009 ca. 2,1 %. Im Vergleich zum Planansatz für 2008 wurden zwar in 2009 für Werterhaltungsmaßnahmen an Grundstücken und baulichen Anlagen 633,4 TEUR mehr veranschlagt, aber von einer nachhaltigen Bestandssicherung des Grundvermögens kann nach Angaben des Immobilienverwaltungsamtes nicht ausgegangen werden. Der Vergleich mit den anderen kreisfreien Städten des Bundeslandes zeigt aber, dass pro Einwohner in Greifswald deutlich mehr aufgewendet wird, als im übrigen Bundesland.

Aufgrund der Haushaltslage wird sich auch zukünftig die Höhe der Planansätze auf das Reagieren notwendiger Havariesituationen und Wartung notwendiger technischer Anlagen beschränken.

## Bewirtschaftungskosten

Angaben in EUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Ausgaben für Bewirtschaftung 54	5.368.800	4.744.694	4.953.226	5.571.843	5.079.609

Rund 3,8 % der Gesamtausgaben umfassen die Ausgaben für die Bewirtschaftung der Gebäude und baulichen Anlagen. Hierunter fallen die Ausgaben für die allgemeine Bewirtschaftung, Heizung, Reinigung, Energie, Versicherungen, Wasser, Grundsteuer, Bewachung und für die sonstigen Bewirtschaftungskosten. Die Bewirtschaftung der Gebäude erfolgt in der UHGW durch das zentrale Gebäudemanagement des Immobilienverwaltungsamtes. Der im Planansatz 09 zu verzeichnende Anstieg der Bewirtschaftungskosten hat seine Ursachen überwiegend in den Preisentwicklungen für die Heizungs- und Energiekosten. Speziell bei den Ausgaben für Heizung stieg der Planansatz im Vergleich zum Jahresrechnungsergebnis 2008 um ca. 401.295 EUR. Im Bereich der Kindertagesstätten fallen ca. 92.467 EUR, im Bereich der Schulen sogar 207.112 EUR mehr an. Bei den Sportanlagen, den Sporthallen und dem Volksstadion fallen insgesamt 46.543 EUR, beim Soziokulturellen Zentrum Sankt Spiritus ca. 16.593 EUR und im Friedhofswesen 10.261 EUR mehr an.

Nachfolgende Tabelle weist die Entwicklung bei den Heizkosten aus:

<b>Gliederung</b>	<b>Bereich</b>	<b>PA 2009</b>	<b>Ergebnis 2008</b>	<b>Ergebnis 2007</b>	<b>Ergebnis 2006</b>
02100	SG Organisation	38.600,00	31.443,80	21.555,94	36.510,29
12000	Umweltschutz	10.500,00	7.289,52	7.625,00	8.605,08
13000	Brand- und Katastrophenschutz	31.700,00	27.739,79	23.053,37	26.068,49
13010	Freiwillige Feuerwehr	16.700,00	14.563,53	12.124,60	12.716,84
13020	Leitstelle	800,00	387,37	375,08	458,27
16000	Rettungsdienst	200,00	193,69	187,54	229,14
<b>21110-27000</b>	<b>Schulen</b>	<b>1.022.200,00</b>	<b>815.087,79</b>	<b>664.998,25</b>	<b>884.658,29</b>
30000	Kulturamt	0,00	0,00	1.659,02	2.064,55
32300	Stadtarchiv	11.200,00	2.676,28	7.661,36	6.835,46
33100	Musikschule	17.100,00	14.358,85	8.207,20	7.737,91
<b>33200</b>	<b>Soziokulturelles Zentrum "Sankt Spiritus"</b>	<b>24.900,00</b>	<b>8.306,96</b>	<b>11.931,14</b>	<b>11.713,64</b>
33210	Kantine "St. Spiritus"	800,00	588,24	0,00	0,00
34100	Koeppenhaus	7.300,00	5.480,31	4.553,10	5.856,71
35000	Volkshochschule	19.200,00	15.330,60	17.212,77	14.366,72
35200	Stadtbibliothek	29.800,00	57.317,61	17.117,06	24.717,91
40000	Amt für Jugend, Soziales und Familie	16.000,00	12.909,74	9.897,44	12.087,78
40700	Amt für Jugend, Soziales und Familie	15.300,00	11.304,98	10.209,11	11.795,13
43600	Soziale Einrichtungen für Ausländer	0,00	0,00	24.591,00	49.182,00
46010	Schülerfreizeitzentrum	14.500,00	11.140,34	10.274,60	12.306,16
46040	Haus der Straßensozialarbeit	2.100,00	1.743,42	1.559,41	1.830,45
46050	Schülertreff SW II	18.600,00	20.553,04	33.448,29	42.763,09
<b>46401-46419</b>	<b>Kindertagesstätten</b>	<b>377.400,00</b>	<b>284.932,85</b>	<b>236.368,14</b>	<b>302.734,50</b>
50000	Abteilung Gesundheit	5.200,00	9.593,30	3.790,64	9.722,08
<b>56000-56200</b>	<b>Sportanlagen, Sporthallen, Volksstadion</b>	<b>248.100,00</b>	<b>201.557,44</b>	<b>171.517,98</b>	<b>227.001,79</b>
60000	Bauverwaltungsamt	0,00	0,00	20.821,97	28.407,67
60400	Stadthafen	3.200,00	2.246,20	2.292,40	2.143,13
<b>75100</b>	<b>Friedhofswesen</b>	<b>67.000,00</b>	<b>56.739,21</b>	<b>51.023,58</b>	<b>43.438,06</b>
77100	Bauhof	28.800,00	21.198,72	22.154,83	23.328,10
77300	Gebäudemanagement	45.000,00	43.645,11		
79100	Wirtschaft	6.000,00	0,00	0,00	0,00
88000	Bebautes allgemeines Grundvermögen	0,00	-1.423,65	8.087,19	12.595,97
88020	Verwaltung des Stiftungseigentums	0,00	0,00	0,00	0,00
	<b>GESAMT</b>	<b>2.078.200,00</b>	<b>1.676.905,04</b>	<b>1.404.298,01</b>	<b>1.821.875,21</b>

Zum 1. April 2009 erfolgte eine Absenkung der Preise für Fernwärme und Gas und demzufolge eine Korrektur der Höhe der monatlichen Vorauszahlungen. Gegenwärtig kann davon ausgegangen werden, dass es zu einer Minderinanspruchnahme der Planansätze für 2009 kommen wird.

## Abfallwirtschaft

Angaben in EUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Abfallwirtschaft 620	5.177.000	4.860.579	5.050.656	4.989.992	4.625.078

Unter der Gruppierung 620 fallen überwiegend Ausgaben der Abfallwirtschaft. Die anfallenden Ausgaben werden durch die eingehenden Einnahmen gedeckt.

## Sonstige Geschäftsausgaben 65

Angaben in EUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Sonstige Geschäftsausgaben	999.400	773.892	769.614	734.791	809.863

Der Anteil der sonstigen Geschäftsausgaben an den Gesamtausgaben beträgt im Planjahr 2009 ca. 0,7%. Zu den sonstigen Geschäftsausgaben zählen u. a. Ausgaben für Büromaterial, Bücher und Zeitschriften, Post- und Fernmeldegebühren, Dienstreisen, sowie die Ausgaben für die Inanspruchnahme von sachverständigen Dritten. Die Höhe der Planansätze 2009 bewegt sich im Vergleich zu den Planansätzen 2008 (999.100) auf einem ähnlichen Niveau. Im Vergleich der Rechnungsergebnisse 2008 zum Planansatz 2009 ist allerdings ein Anstieg der geplanten Ausgaben in Höhe von 225.508 EUR zu verzeichnen. Bei der Betrachtung der Höhe der einzelnen Rechnungsergebnisse der Vorjahre bleibt jedoch festzustellen, dass diese nur geringfügige Abweichungen aufweisen. Der Ausgabenzuwachs begründet sich fast ausschließlich aus der notwendigen Inanspruchnahme von sachverständigen Dritten für verschiedene Problemkreise (z.B. Einführung NKHR M-V).

## Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Angaben in EUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Erstattungen 67	10.757.100	9.037.558	7.893.071	2.992.386	3.529.494
<i>davon Innere Verrechnungen</i>	<i>2.035.100</i>	<i>1.515.842</i>	<i>894.273</i>	<i>951.803</i>	<i>1.460.150</i>
bereinigte Erstattungen	8.722.000	7.521.716	6.998.798	2.040.583	1.969.344

Aus der Gruppierung 67 werden Leistungen an Dritte bezahlt, die diese für die Stadt erbracht haben. Hierbei handelt es sich um Erstattungen an andere Gemeinden, Einrichtungen und Institutionen, insbesondere Aufwendungen für den Schullastenausgleich sowie für die Nutzung der Schwimmhalle für den Schul- und Vereinssport.

Des Weiteren wird hier der kommunale Finanzanteil, den die Stadt an die ARGE zu zahlen hat, veranschlagt. Der kommunale Finanzierungsanteil, den die UHGW am Verwaltungshaushalt der ARGE zu leisten hat, beträgt 12,6 %.

Seit 2007 wird hier auch der Anteil der Wohnsitzgemeinde und der Anteil des örtlichen Trägers, den die Kommune für die kommunalen Kindertagesstätten zu leisten hat, geplant und verausgabt. Das Ansteigen der Kosten begründet sich in einem zusätzlichen Bedarf bei den Ausgaben des Anteils der Wohnsitzgemeinde, den die UHGW für ihre kommunalen Kindertagesstätten selbst zu tragen hat.

## Leistungsbeteiligungen bei Leistungen an Arbeitsuchende

Angaben in EUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Leistungsbeteiligung KdU 691	14.492.400	15.875.230	16.690.344	16.881.982	15.431.485
Leistungsbeteiligung Eingliederg. 693	252000	199.666	195.847	235.042	229.615
Leistungsbeteiligung Eingliederg. 784*	1.267.300	345.319			
Gesamt	16.011.700	16.420.215	16.886.119	17.117.024	15.661.100

### 4.3.3 Entwicklung der Zuweisungen und Zuschüsse ( 70-79)

Angaben in EUR

Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
Zuweisungen und Zuschüsse	34.149	33.155	32.339	33.205	31.721
<i>gemessen an den Gesamtausgaben</i>	<i>24,2%</i>	<i>24,3%</i>	<i>23,6%</i>	<i>25,3%</i>	<i>25,2%</i>

Die Entwicklung bei den Zuweisungen und Zuschüsse der UHGW stellen sich wie folgt dar:

Angaben in EUR

Grupp.	Bezeichnung	PA 2009	JR 2008	JR 2007	JR 2006	JR 2005
71	Zuweisungen für laufende Zwecke	11.234.500	11.049.928	11.063.408	12.646.194	12.503.963
73	Zuw. f. Leistungen der Sozialhilfe für Personen außerhalb von Einrichtungen	1.606.600	1.471.532	1.001.775	848.512.	918.057.
74	Zuw. f. Leistungen der Sozialhilfe für Personen in Einrichtungen	10.257.400	9.797.260	10.265.424	9.783.178	8.811.252
75	Kriegsopferfürsorge	52.500	48.364	48.708	51.780	65.146
76	Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	3.540.100	4.138.181	4.283.614	6.006.091	6.050.093
77	Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen	2.314.900	2.511.270	2.041.489	0	0
78	Sonstige soziale Leistungen (Unterhaltsvorschuss, Übernahme Kita-Gebühr )	4.622.000	3.695.757	2.980.825	2.928.161	2.325.153
79	Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz	520.900	442.040.	654.921	942.158	1.047.995

Der Anteil kommunaler Zuschüsse an den Ausgaben der Gruppierungen 70-79 beträgt 32,9 %. Hierin enthalten sind z. B. Zuschüsse an das Theater, der Eigenanteil der Stadt für Kommunal – Kombi, Zuschüsse für die vorschulische Bildung in den Kita`s, die Förderung der freien Träger im Kita- Bereich, die Umlage an den Wasser- und Bodenverband, Zuschüsse an freie Träger gemäß Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses, Zuschüsse an kulturelle, sportliche und soziale Einrichtungen, der Zuschuss an die Wirtschaftsfördergesellschaft, an den Fremdenverkehrsverein, an den Verein Greifswalder Innenstadt und andere.

In den Gruppierungen 73,74 und in Teilen 78 werden die Ausgaben für Sozialhilfeleistungen ausgewiesen. Dem stehen Finanzausweisungen, die dem Land nach dem Sozialhilfefinanzierungsgesetz zum Ausgleich für die Erfüllung der Aufgaben, die bis zum 31. Dezember 2001 dem Land als überörtliche Träger oblagen, gegenüber. Zusätzlich zu diesen Finanzausweisungen werden den örtlichen Trägern der Sozialhilfe solche Aufwendungen erstattet, die mit der Abwicklung sogenannter Altfälle verbunden sind. Die Höhe der Finanzausweisungen für das Haushaltsjahr 2009 beträgt 8.796.000 €.

Die Aufwendungen, die die Kommune als örtlicher Träger zu leisten hat, sind steigend.

In der Gruppierung 76 werden die Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen und in der Gruppierung 77 innerhalb von Einrichtungen veranschlagt, die natürliche Personen in Form von individuellen Hilfen gewährt werden. Dabei ist die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen und mit erhöhtem Betreuungsaufwand gestiegen. Ebenfalls ist der Bedarf an sozialpädagogischen Familienhilfen stark angestiegen, um Gefahr von den Kindern abzuwenden und die Eltern erzieherisch zu unterstützen.

Aufgrund der fehlenden Leistungsfähigkeit vieler Eltern werden erhöhte Zuschüsse zu den Elternbeiträgen für die Betreuung in Kindertagesstätten gewährt. In 2008 betrug der Anteil der Eltern, die einen Antrag auf Erlass bzw. Ermäßigung der Kinderbetreuungsgebühren gestellt haben, 43 %. Die Veranschlagung der Zuschüsse zu den Elternbeiträgen erfolgt in der Gruppierung 760\*, die Veranschlagung der Übernahme der Elternbeiträge erfolgt unter der Gruppierung 784110.

## 5 Fortschreibung der Haushaltssicherung ab 2010

### 5.1 Konsolidierungsbedarf

Der Konsolidierungsbedarf leitet sich aus dem voraussichtlichen Jahresergebnis des Haushaltsjahres 2009, aus dem Planentwurf des Jahres 2010 und aus den Werten der Finanzplanung<sup>1</sup> für die Jahre 2011 bis 2013 ab. Die einzelnen Werte sind aus nachfolgender Tabelle ersichtlich.

Haushaltsjahr	2009	2010	2011	2012	2013
Werte in EUR	vor. Ist	Planwerte			
Einnahmen gesamt	140.375.600	133.483.900	135.180.600	134.821.700	134.978.100
Ausgaben gesamt	140.395.600	138.794.800	136.295.000	141.701.700	138.690.500
Gesamtfehlbeträge der Haushaltsjahre	20.000	5.310.900	1.114.400	6.880.000	3.712.400
davon Altfehlbeträge					
aus 2007	6.624.500				
aus 2008		2.843.400			
aus 2009			20.000		
aus 2010				5.310.900	
aus 2011					1.114.400
jahresbezogene Fehlbeträge		2.467.500	1.094.400	1.569.100	2.598.000
jahresbezogene Überschüsse	6.604.500				
<b>Gesamtkonsolidierungsbedarf</b>					<b>10.592.400</b>

Der Gesamtkonsolidierungsbedarf wurde dabei aus dem Altfehlbetrag des Jahres 2008 in Höhe von **2.843.400 EUR**, dem voraussichtlich verbleibendem Fehlbetrag des Jahres 2009 in Höhe von **20.000 EUR** und aus den neu zu erwartenden jahresbezogenen Fehlbeträgen der Haushaltsjahre 2010 (**2.467.500 EUR**), 2011 (**1.094.400 EUR**), 2012 (**1.569.100 EUR**) und 2013 (**2.598.000 EUR**) errechnet.

<sup>1</sup> Siehe Gliederungspunkt 8 ab Seite 38

Für das Finanzplanjahr 2013 wurde dabei unterstellt,

- dass keine Zuführung von Veräußerungserlösen des Vermögenshaushaltes an den Verwaltungshaushalt erfolgt,
- dass alle Zuweisungen, die investiv zu binden sind, im Vermögenshaushalt angenommen werden,
- dass die Zuführungen an den Vermögenshaushalt zur Rücklagenbildung und zum Schuldendienst um 1,2 Mio. EUR erhöht werden und
- dass eine auskömmliche Werterhaltung (auf dem Niveau des Jahres 2009) stattfindet.

Für das Konzept wird unterstellt, dass der Konsolidierungserfolg über dem Bedarf liegen muss. Damit wird sichergestellt, dass Unterschreitungen der angestrebten Konsolidierungsansätze in Folge unvorhergesehener Umstände nicht sofort zu einem Verfehlen des Konsolidierungszieles führen. Ebenso ist damit ein Puffer vorhanden, der unvorhergesehenen Entwicklungen vorbeugt.

## 5.2 Maßnahmen zur Haushaltssicherung im Finanzplanzeitraum 2010 bis 2013

Maßnahme Nr.	Kurzbezeichnung	Kurzbeschreibung										
1	<b>Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B</b> von 405% auf 430% für die Jahre 2010 bis 2013	<p>Die Einnahme pro Kopf durch die Grundsteuer B liegt deutlich unter den Einnahmen, die andere Städte des Landes erzielen. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen in der Haushaltsanalyse verwiesen. Mit der Anhebung steigt die Einnahme pro Kopf auf ca. 80 EUR und bleibt damit noch deutlich unter den Spitzenwerten anderer Städte. Die Grundsteueranhebung wirkt kurzfristig und ist somit ein geeignetes Mittel, um schnell auf andere Einnahmeausfälle zu reagieren, ohne gleichzeitig neue Defizite aufzubauen.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Einnahmeerhöhung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>UA 90000</td> <td>250.000</td> <td>250.000</td> <td>250.000</td> <td>250.000</td> </tr> </tbody> </table> <p>Ein Vergleich der Hebesätze und der Pro-Kopf-Einnahmen der kreisfreien Städte in M-V ist unter 4.2.1 - Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen bei Grundsteuer A und B, zu finden.</p>	Einnahmeerhöhung	2010	2011	2012	2013	UA 90000	250.000	250.000	250.000	250.000
Einnahmeerhöhung	2010	2011	2012	2013								
UA 90000	250.000	250.000	250.000	250.000								
2	<b>Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer</b>	<p>Der Hebesatz der Gewerbesteuer ist ab 2011 so weit anzuheben, dass die Vorgabe mindestens 100.000 EUR mehr einzunehmen erfüllt werden kann.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Einnahmeerhöhung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>UA 90000</td> <td>0</td> <td>100.000</td> <td>100.000</td> <td>100.000</td> </tr> </tbody> </table> <p>Ein Vergleich der Hebesätze und der Pro-Kopf-Einnahmen der kreisfreien Städte in M-V ist unter 4.2.1 - Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen bei Gewerbesteuer, zu finden.</p>	Einnahmeerhöhung	2010	2011	2012	2013	UA 90000	0	100.000	100.000	100.000
Einnahmeerhöhung	2010	2011	2012	2013								
UA 90000	0	100.000	100.000	100.000								
3	<b>Höhere Gewinnausschüttung der Stadtwerke durch Reduzierung des Verlustes beim ÖPNV</b>	<p>Dem Verkehrsbetrieb Greifswald GmbH sind seit der Änderung des Nahverkehrsplanes und der Einführung des neuen Liniennetzes im Jahre 2007 rund 300.000 Fahrgäste pro Jahr verloren gegangen. Die Verluste dieses Bereiches werden durch die SW-Greifswald GmbH ausgeglichen und schmälern die Gewinnausschüttung an die Stadt. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um den Verlust des Verkehrsbetriebes zu vermindern und damit eine höhere Gewinnausschüttung der SW-Greifswald GmbH zu ermöglichen.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Einnahmesteigerung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>0</td> <td>50.000</td> <td>100.000</td> <td>150.000</td> </tr> </tbody> </table>	Einnahmesteigerung	2010	2011	2012	2013		0	50.000	100.000	150.000
Einnahmesteigerung	2010	2011	2012	2013								
	0	50.000	100.000	150.000								

4	<b>Einsparungen durch Bildung eines Beauftragtenbüros</b>	<p>Mit BS-Beschluss vom 10.11.2003 wurden die Aufgaben an das Psycho- Soziale- Zentrum für Migranten Vorpommern e.V. übertragen. Durch die Bildung eines Beauftragtenbüros ist die Tätigkeit der Beauftragten in Verwaltung so zu organisieren und zu bündeln, dass ab dem Jahr 2011 die Aufgabe in der Verwaltung mit wahrgenommen werden kann, ohne dass zusätzliche Ausgaben entstehen. (Konsolidierungspotential ca. 12.700 €).</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 376 2040 440"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>00130</td> <td>0</td> <td>12.700</td> <td>12.700</td> <td>12.700</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013	00130	0	12.700	12.700	12.700
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
00130	0	12.700	12.700	12.700								
5	<b>Einsparungen durch technisches Rathaus</b>	<p>Mit Umzug des RPA`s, der EDV-Abteilung, der Stadtkasse, des Sachgebietes Steuern und des Amtes für öffentliche Ordnung Ende 2010 in das neue technische Rathaus fallen keine Mietzahlungen mehr an. Gleichzeitig wird es erhebliche Kostenreduzierungen für die EDV-Netze, für die Telefonnetze, für Reinigung und Unterhaltungsmaßnahmen geben. Hinzu kommen Einsparungen im Personalbereich, durch die deutlich kürzeren internen Wege, die gegenwärtig noch nicht genau bezifferbar sind.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 715 2040 778"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>01000.530000</td> <td>0</td> <td>100.000</td> <td>400.000</td> <td>500.000</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013	01000.530000	0	100.000	400.000	500.000
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
01000.530000	0	100.000	400.000	500.000								
6	<b>Reduzierung des Unterhaltungsaufwand der Gebäude</b>	<p>Ziel dieser Maßnahme ist es, den Unterhaltungsaufwand durch eine gezielte Nutzungsverdichtung kommunaler Einrichtungen zu reduzieren, um Kosten zu sparen. Jedes von der Stadt unterhaltene Gebäude verursacht Kosten, die unabhängig von der Intensität der Nutzung sind. Ziel ist es deshalb, die Gesamtanzahl der kommunal zu unterhaltenden Gebäude auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen und Nutzungen zusammenzulegen.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 1023 2040 1086"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>0</td> <td>80.000</td> <td>160.000</td> <td>160.000</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013		0	80.000	160.000	160.000
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
	0	80.000	160.000	160.000								

7	<b>Ausbau elektronischer Dokumentenverarbeitung</b> (alle Ämter)	<p>Die Verwendung und Beschaffung von Vordrucken wird flächendeckend überprüft. Es wird konsequent auf elektronische Vordrucke, Signaturen etc. umgestellt. Diese Maßnahme erfordert Investitionen, hat langfristig aber zusätzliche Effekte, die zu Arbeitsentlastungen führen. Diese müssen beschlossen werden, um den Arbeitsverdichtungen aufgrund der Stellenstreichungen entgegenzuwirken. Überdies ist die Verwaltung so zu organisieren, dass eine durchgängig papierlose Vorgangsbearbeitung erfolgen kann und Drucke nur noch in Ausnahmefällen angefertigt werden müssen.</p> <p style="text-align: right;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="922 411 2045 475"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>HGR 6</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>20.000</td> <td>30.000</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013	HGR 6	0	0	20.000	30.000
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
HGR 6	0	0	20.000	30.000								
8	<b>Reduzierung der Personalkosten</b> (Amt 10-Personalamt)	<p>Eine Dämpfung des Anstiegs der Personalkosten muss in Anbetracht des Anstieges der Personalkosten angestrebt werden.</p> <p>Dieses Ziel ist umzusetzen durch folgende Maßnahmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Realisierung der noch vorhandenen kw-Vermerke (Volumen 2012 – 460 TEUR, 2013 – 470 TEUR),</li> <li>2. Aufgabenverdichtung (z.B. durch Einsatz neuer Techniken) und Aufgabenverzicht in Verbindung mit Stellenstreichungen (Nutzung von Altersabgängen),</li> <li>3. Personalkostenreduzierungen durch vorrangige Einstellung junger Fachkräfte (eigene Auszubildende, gezielte Werbung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow),</li> <li>4. Reduzierung des Personalaufwandes nach Zentralisierung der Verwaltung.</li> </ol> <p>Für den Fall, dass die oben genannten Schritte nicht ausreichen, um das angegebene Potential zu erreichen, ist zu dem Instrument von vorübergehenden Wiederbesetzungssperren zu greifen.</p> <p style="text-align: right;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="922 978 2045 1042"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>HGR 4</td> <td>400.000</td> <td>500.000</td> <td>800.000</td> <td>1.600.000</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013	HGR 4	400.000	500.000	800.000	1.600.000
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
HGR 4	400.000	500.000	800.000	1.600.000								
9	<b>Reduzierung des Planansatzes für Abfindungen</b> (Amt 10 -Personalamt)  PA 2008: 150.000 EUR RE 2008: 96.641 EUR PA 2009: 150.000 EUR PA 2010: 150.000 EUR	<p>Aufgrund des zunehmenden altersbedingten Ausscheidens von Mitarbeitern und der zunehmenden Notwendigkeit von Neueinstellungen werden übertarifliche Abfindungen nur noch gezahlt, wenn Mitarbeiter die Stadtverwaltung vorzeitig verlassen wollen und auf absehbare Zeit nicht anders beschäftigt werden können.</p> <p style="text-align: right;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="922 1257 2045 1321"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>02280.411100</td> <td>60.000</td> <td>120.000</td> <td>120.000</td> <td>120.000</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013	02280.411100	60.000	120.000	120.000	120.000
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
02280.411100	60.000	120.000	120.000	120.000								

10	<b>Reduzierung der Ausgaben für Softwarelizenzen</b> (Amt 10)	<p>In der Verwaltung gibt es rund 90 Fachanwendungen und zahlreiche weitere Softwarelösungen, um die Arbeit zu unterstützen. Der Softwareeinsatz ist auf ein unerlässliches Maß zu begrenzen. Wo dies möglich ist, sind kostenpflichtige Produkte auf kostenfreie Produkte umzustellen. Insgesamt ist zu prüfen, ob die Umstellung auf durchgängige Softwaresysteme oder Outsourcinglösungen zu weiteren Optimierungen führen können.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 411 2040 507"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>0</td> <td>20.000</td> <td>20.000</td> <td>20.000</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013		0	20.000	20.000	20.000
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
	0	20.000	20.000	20.000								
11	<b>Reduzierung des Zuschusses für den Fremdenverkehrsverein</b> Amt 20 – Amt für Wirtschaft und Finanzen UA 79000.717000 PA 2008: 55.300 EUR RE 2008: 55.300 EUR PA 2009: 90.000 EUR PA 2010: 90.000 EUR	<p>Der Fremdenverkehrsverein führt die Greifswald-Information und beschäftigt sich mit dem Marketing verschiedener Tourismusangebote. Der Zuschuss wurde im Jahr 2009 um 35 TEUR aufgestockt, um die Weiterbeschäftigung der Tourismusmanagerin zu gewährleisten, die vorher über eine andere Förderung beschäftigt werden konnte.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 719 2040 783"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>79000.717000</td> <td>0</td> <td>35.000</td> <td>35.000</td> <td>35.000</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013	79000.717000	0	35.000	35.000	35.000
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
79000.717000	0	35.000	35.000	35.000								
12	<b>Reduzierung des Zuschusses für den Verein Greifswalder Innenstadt</b> Amt 20 – Amt für Wirtschaft und Finanzen UA 79100.717000 PA 2008: 10.000 EUR RE 2008: 10.000 EUR PA 2009: 20.000 EUR PA 2010: 20.000 EUR	<p>Der Verein Greifswalder Innenstadt führt viele Veranstaltungen durch, die dem Ziel der Belebung der Innenstadt dienen. Mit dem Haushalt 2009 wurde der bisherige Betrag von 10.000 EUR aufgestockt, um dem Verein die Ausweitung seiner Aktivitäten zu ermöglichen.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 967 2040 1031"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>79100.717000</td> <td>5.000</td> <td>5.000</td> <td>5.000</td> <td>5.000</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013	79100.717000	5.000	5.000	5.000	5.000
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
79100.717000	5.000	5.000	5.000	5.000								
13	<b>Reduzierung Hausmeistereinsatz in den Berufsschulen</b>	<p>Zurzeit werden aufgrund der Normative an den Berufsschulen in der H.- Beimler- Straße und der Siemensallee jeweils zwei Hausmeister eingesetzt. In der Kaufmännischen Berufsschule arbeiten die Hausmeister im Zweischichtsystem. Von diesen insgesamt 4 Planstellen wird eine Planstelle gestrichen.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 1310 2040 1374"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>0</td> <td>36.000</td> <td>36.000</td> <td>36.000</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013		0	36.000	36.000	36.000
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
	0	36.000	36.000	36.000								

14	<b>Reduzierung der Ausgaben für Heizung und Energie durch Erweiterung Gebäudeleittechnik im Gebäudemanagement</b> (Amt 23 – Immobilienverwaltungsamt)	<p>Die Phase I der Modernisierung und Erweiterung der Gebäudeleittechnik wird zum Ende 2009 abgeschlossen. Die Einsparung durch die Phase I wird im Haushaltsjahr 2010 wirksam. Die Amortisation der Gesamtinvestition erfolgt bereits 2014 (Berechnungs- und Preisbasis 01.04.2008). Die geplante Errichtung des Technischen Rathauses mit der Konzentrierung der Verwaltung in diesem Objekt bietet optimale Voraussetzung für die Realisierung dieses Vorhabens.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 411 2045 475"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>60.000</td> <td>100.000</td> <td>150.000</td> <td>150.000</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013		60.000	100.000	150.000	150.000
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
	60.000	100.000	150.000	150.000								
15	<b>Reduzierung der Zuschüsse an Sportvereine</b> (Amt 40 – Schulverwaltungs- und Sportamt) PA 2008: 102.900 EUR RE 2008: 102.900 EUR PA 2009: 127.900 EUR PA 2010: 127.900 EUR	<p>Die Gewährung von Zuwendungen an Sportvereine erfolgt im Antragsverfahren auf der Grundlage der Satzung über die Förderung des Sports in der UHGW vom 14.02.2005. Hierbei können nur gemeinnützige Vereine mit Sitz in der UHGW und der Sportbund Zuschüsse erhalten. Der Schwerpunkt liegt in der Förderung des Sports von Kindern- und Jugendlichen unter 18 Jahre.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 687 2045 751"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>0.55000.717010</td> <td>25.000</td> <td>25.000</td> <td>25.000</td> <td>25.000</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013	0.55000.717010	25.000	25.000	25.000	25.000
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
0.55000.717010	25.000	25.000	25.000	25.000								
16	<b>Einbeziehung von Ligaspielen in die Gebührensatzung zur Nutzung der Sportstätten</b> (Amt 40 – Schulverwaltungs- und Sportamt)	<p>Die Erhebung dieser Gebühr ist umsatzsteuerpflichtig. Damit ist die Stadt auch berechtigt, für alle Aufwendungen, die im Zusammenhang mit den Ligaspielen stehen, Vorsteuerabzug geltend zu machen. Da der Aufwand meist höher ist, als der Ertrag, sind auch die erstatteten Vorsteuern höher als die abzuführende Umsatzsteuer. Dies wirkt sich mittelfristig vor allem bei anstehenden Baumaßnahmen aus.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 999 2045 1062"> <thead> <tr> <th>Einnahmeerhöhung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>0</td> <td>3.000</td> <td>3.000</td> <td>3.000</td> </tr> </tbody> </table>	Einnahmeerhöhung	2010	2011	2012	2013		0	3.000	3.000	3.000
Einnahmeerhöhung	2010	2011	2012	2013								
	0	3.000	3.000	3.000								
17	<b>Senkung der Sozialausgaben durch Schaffung eines durchgängigem Fallmanagement</b> (Amt 51 – Amt für Jugend, Soziales und Familie)	<p>Senkung der Sozialausgaben durch sukzessive Einführung eines durchgängigen Fallmanagements. Durch den Landesrechnungshof wurde aufgrund der Erfahrungen anderer Kommunen angeregt, die Bearbeitung von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit der Hilfe zur Pflege und dem Landeswohngeld zusammenzuführen. Die Umsetzung wird durch Amt 51 angestrebt.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 1305 2045 1369"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>0</td> <td>50.000</td> <td>100.000</td> <td>200.000</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013		0	50.000	100.000	200.000
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
	0	50.000	100.000	200.000								

<b>18</b>	<b>Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft</b> (Amt 51 – Amt für Jugend, Soziales und Familie UA 41280.732843) PA 2008: 195.000 EUR RE 2008: 296.594 EUR PA 2009: 385.400 EUR PA 2010: 493.200 EUR	<p>Senkung der Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe am Leben durch Erhöhung der Eingliederungsquote für Betreutes Wohnen psychisch Kranker. Die derzeitige Eingliederungsquote beträgt 7,5 %, was einer Eingliederung von 5 Personen entspricht (insgesamt wurden in 2008 - 75 Personen betreut). Die Erhöhung auf 20 % in 2010 und 2011 bedeutet eine Eingliederung von 10 Personen pro Jahr. Die finanzielle Einsparung beträgt pro Person und Monat 529,42 € und entspricht damit einer jährlichen Ausgabeminderung in Höhe von 63.500 €. Ziel ist es, die Eingliederungsquote 2012 und 2013 auf 30 % zu erhöhen. Die Erhöhung auf 30 % in 2012 und 2013 bedeutet eine Eingliederung von 18 Personen im Jahr.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 475 2040 539"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>0</td> <td>63.500</td> <td>114.300</td> <td>114.300</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013		0	63.500	114.300	114.300
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
	0	63.500	114.300	114.300								
<b>19</b>	<b>Senkung der Fallkosten im Intensiv Betreuten Wohnen (IBW)</b> (Amt 51 – Amt für Jugend, Soziales und Familie UA 41280.732843)	<p>Senkung der Fallkosten im Intensiv Betreutem Wohnen durch Änderung der Vereinbarung mit der J.- Odebrecht- Stiftung. Bisher erfolgte die Abrechnung der Fälle im IBW in Form von Tagespauschalen. Ziel ist es, diese Abrechnung anhand der tatsächlich anfallenden Kosten vorzunehmen.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 722 2040 786"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>24.000</td> <td>24.000</td> <td>24.000</td> <td>24.000</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013		24.000	24.000	24.000	24.000
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
	24.000	24.000	24.000	24.000								
<b>20</b>	<b>Beteiligung der Landkreise an Frauenhaus durch Abrechnung nach Tagessätzen</b> (Amt 51 – Amt für Jugend, Soziales und Familie UA 43900) PA 2008: 53.100 EUR RE 2008: 47.065 EUR PA 2009: 54.200 EUR PA 2010: 53.500 EUR	<p>Die Belegung des Frauenhauses in 2008 erfolgte zu 35% durch Frauen aus der UHGW, zu 44% durch Frauen aus OVP und zu 20% durch Frauen aus anderen Gemeinden und Landkreisen. Es wird daher angestrebt, über die Ermittlung und Einführung von Tagessätzen entsprechend der tatsächlichen Belegung eine Beteiligung der betreffenden Landkreise und Gemeinden an den anfallenden Kosten zu erreichen.</p> <p>Die Finanzierung des Frauenhauses erfolgt derzeit über Zuschüsse des Landes, Eigenbeiträge der Frauen und Zuschüsse aus UHGW und OVP. Bei den Gesamtausgaben in 2009 in Höhe 161.174 € sind planmäßig beteiligt das Land mit 84.150 €, ca. 10.800 € Eigenbeiträge der Frauen, 10.000 € Zuschuss von OVP und die UHGW mit einem Zuschuss in Höhe von 54.200 €.</p> <p>Die Einführung von Tagessätzen stellt die Übernahme von Kosten entsprechend der Belegung sicher.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 1209 2040 1273"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>7.000</td> <td>20.000</td> <td>20.000</td> <td>20.000</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013		7.000	20.000	20.000	20.000
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
	7.000	20.000	20.000	20.000								

<b>21</b>	<b>Reduzierung des Zuschusses für die institutionelle Beratung nach § 28 KJHG</b> (Amt 51 – Amt für Jugend, Soziales und Familie UA 45510) PA 2008: 92.700 EUR RE 2008: 90.838 EUR PA 2009: 92.700 EUR PA 2010: 82.000 EUR	<p>Dauerhafte Reduzierung des Zuschusses in Höhe von 30.000 € durch Einschränkung der institutionellen Beratung auf eine Beratungsstelle.</p> <p>Die institutionelle Beratung nach § 28 KJHG umfasst die Beratung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen, Eltern und anderen Erziehungsberechtigten bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrundeliegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie der Unterstützung bei Trennung und Scheidung.</p> <p>Gegenwärtig werden hierfür drei Beratungsstellen in Anspruch genommen, die zukünftig auf eine Beratungsstelle reduziert werden soll. In der HH-Planung 2010 wurde schon ein Betrag in Höhe von 10.700 € eingespart.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 504 2038 568"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>10.000</td> <td>20.000</td> <td>20.000</td> <td>20.000</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013		10.000	20.000	20.000	20.000
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
	10.000	20.000	20.000	20.000								
<b>22</b>	<b>Reduzierung des Zuschusses für die soziale Gruppenarbeit nach § 29 KJHG</b> (Amt 51 – Amt für Jugend, Soziales und Familie UA 45520) PA 2008: 154.000 EUR RE 2008: 150.927 EUR PA 2009: 144.000 EUR PA 2010: 122.300 EUR	<p>Dauerhafte Reduzierung des Zuschusses für die soziale Gruppenarbeit um 20.000 €. Ziel der sozialen Gruppenarbeit ist die Unterstützung älterer Kinder und Jugendliche bei der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen. Die Inhalte der durchzuführenden Maßnahmen und die Auswahl der in Anspruch zu nehmenden freien Träger richten sich nach dem durch die Jugendgerichtshilfe ermittelten Bedarf.</p> <p>Durch die Einstellung eines Angebotes ergibt sich ab 2010 eine finanzielle Einsparung in Höhe von 20.000 € (bereits im HH-Plan enthalten).</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 842 2038 906"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>0</td> <td>20.000</td> <td>20.000</td> <td>20.000</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013		0	20.000	20.000	20.000
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
	0	20.000	20.000	20.000								
<b>23</b>	<b>Reduzierung der Kosten für Unterkunft und Heizung</b> (Amt 51 – Amt für Jugend, Soziales und Familie UA 48200.691100) PA 2008: 15.041.200 EUR RE 2008: 15.825.983 EUR PA 2009: 14.432.400 EUR PA 2010: 15.700.000 EUR	<p>Reduzierung der Kosten der Unterkunft durch Vorrang des Wohngeldes gegenüber SGB II-Leistungen bei Jugendlichen unter 25 Jahren mit eigenem Einkommen.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 1059 2038 1123"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>354.200</td> <td>354.200</td> <td>354.200</td> <td>354.200</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013		354.200	354.200	354.200	354.200
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
	354.200	354.200	354.200	354.200								

<b>24</b>	<b>Reduzierung der Förderung der Beratungsstellen für Sucht und Drogenkranke § 16 SGB II</b> (Amt 51 – Amt für Jugend, Soziales und Familie UA 48200.784400) PA 2008: kein PA PA 2009: 88.900 EUR PA 2010: 90.000 EUR	<p>Ab dem Haushaltsjahr 2012 wird angestrebt, die Sucht- und Drogenberatung von derzeit zwei Beratungsstellen auf eine Beratungsstelle zu konzentrieren. Aufgrund einer Vereinbarung mit dem Land M-V zur Förderung der Suchtberatungsstellen ist eine Umsetzung der Einsparmaßnahme erst nach dem Haushaltsjahr 2012 möglich. Aufgrund der bestehenden Vereinbarung fördert das Land 40 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Stadt hat ihren Eigenanteil in der gleichen Höhe bereitzustellen.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 411 2042 475"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">22.000</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013		0	0	0	22.000
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
	0	0	0	22.000								
<b>25</b>	<b>Reduzierung Zuschuss Gesundheitsamt</b> (Amt 53 – Gesundheitsamt UA 54000) PA 2008: 165.600 EUR RE 2008: 179.481 EUR PA 2009: 202.400 EUR PA 2010: 199.500 EUR	<p>Der Gesamtzuschuss für das Gesundheitsamt soll reduziert werden. Dies wird erreicht durch eine konsequente Ausnutzung der Möglichkeiten zur Erhebung von Gebühren. In der Planung für das Jahr 2010 wurde dies bereits berücksichtigt. Dabei ergaben sich die höheren Gebühreneinnahmen aus der stärkeren Inanspruchnahme der Leistungen des Gesundheitsamtes, ohne dass Gebühren im Einzelfall angehoben werden müssen.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 722 2042 786"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">20.000</td> <td style="text-align: center;">20.000</td> <td style="text-align: center;">20.000</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013		0	20.000	20.000	20.000
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
	0	20.000	20.000	20.000								
<b>26</b>	<b>Einstellung des Zuschusses für die Umweltbibliothek</b> (Amt 60 – Stadtbauamt UA 12000) PA 2008: 5.100 EUR RE 2008: 5.100 EUR PA 2009: 5.100 EUR PA 2010: 5.100 EUR	<p>Die Umweltbibliothek befindet sich in einem Gebäude des Humboldt-Gymnasiums und wird von dem Verein „Umweltbibliothek Greifswald“ durch ehrenamtliche Mitarbeiter und Praktikanten betrieben. Bei dem Zuschuss handelt es sich um einen reinen Sachkostenzuschuss für z.B. Telefon, Lehr- und Bastelmaterial. Die UHGW hat einen unbefristeten Vertrag mit dem Verein, welcher zum Ende des Haushaltsjahres 2009 gekündigt werden müsste, um Ende 2010 wirksam zu werden. Die Einsparung würde ab 2011 wirksam werden.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 1121 2042 1185"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">5.100</td> <td style="text-align: center;">5.100</td> <td style="text-align: center;">5.100</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013		0	5.100	5.100	5.100
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
	0	5.100	5.100	5.100								

<b>27</b>	<b>Reduzierung der Aufwendungen für Straßenbeleuchtung</b> (Amt 66 – Tiefbau- und Grünflächenamt UA 67000)  PA 2008: 615.000 EUR RE 2008: 615.573 EUR PA 2009: 656.000 EUR PA 2010: 685.000 EUR	<p>Durch Reduzierung des Umfangs der Straßenbeleuchtung, in dem die Nachtabschaltung grundsätzlich jeder zweiten Straßenleuchte zeitlich um 2,15 h auf einen Zeitrahmen von 20.00 Uhr bis 06.15 Uhr ausgeweitet wird. Verbrauchsreduzierung ca. 138.000 kWh/a. Bei einem jetzt wirksamen Einheitspreis von 0,22 €/kWh würde sich ein Einsparvolumen von ca. 30.000,00 €/a ergeben. Preiserhöhungen der Stadtwerke in der Zukunft können diesen nominellen Einspareffekt aufbrauchen. Zu prüfen ist weiterhin, ob durch Contractinglösungen der Gesamtaufwand für die Straßenbeleuchtung zusätzlich zu reduzieren ist.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 437 2038 501"> <thead> <tr> <th>Ausgabereduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>30.000</td> <td>50.000</td> <td>50.000</td> <td>50.000</td> </tr> </tbody> </table>	Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013		30.000	50.000	50.000	50.000
Ausgabereduzierung	2010	2011	2012	2013								
	30.000	50.000	50.000	50.000								
<b>28</b>	<b>Anpassung der Gebührensatzung für den Friedhof</b> (Amt 66 – Tiefbau- und Grünflächenamt UA 75100) PA 2008: 138.100 EUR RE 2008: 345.740 EUR PA 2009: 0 EUR PA 2010: 150.000 EUR	<p>Im Jahr 2008 wurde eine neue Gebührensatzung für den Friedhof und das Krematorium beschlossen. Die Annahmen der zu Grunde liegenden Kalkulation sind in Teilen nicht eingetroffen, so dass die erwarteten Einnahmen nicht erzielt werden können und die notwendigen Ausgaben damit nicht abzudecken sind. Für die Haushaltsplanung 2010 wurde angenommen, dass dies zu einem Defizit von 150 TEUR in diesem Bereich führt. Die Gebühren sind neu zu kalkulieren und eine Satzung vorzulegen, die mindestens 100 TEUR EUR dieses Verlustes ausgleicht.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 798 2038 861"> <thead> <tr> <th>Zuschussreduzierung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>100.000</td> <td>100.000</td> <td>100.000</td> <td>100.000</td> </tr> </tbody> </table>	Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013		100.000	100.000	100.000	100.000
Zuschussreduzierung	2010	2011	2012	2013								
	100.000	100.000	100.000	100.000								
<b>29</b>	<b>Mehreinnahme aus Gebühren für die Nutzung öffentlichen Verkehrsraumes durch Parken</b> (Amt 66 – Tiefbau- und Grünflächenamt UA 60200.111000) UA 63100.100000) PA 2008: 121.000 EUR RE 2008: 109.034 EUR PA 2009: 121.000 EUR PA 2010: 121.000 EUR <b>PA 2010: 90.000 EUR (63100)</b>	<p>Die Einnahmen aus der Nutzung öffentlichen Verkehrsraumes können erhöht werden. Hierzu sind verschiedene Varianten zu prüfen. Das Ergebnis wird sich in einem Parkraumbewirtschaftungskonzept finden, das der Bürgerschaft im Jahr 2010 vorgestellt wird. Vorzugsweise wird es zu einer Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und damit zu erhöhten Einnahmen bei den Verwaltungsgebühren für Bewohnerparkausweise kommen, während die weitere Anhebung der Parkgebühren voraussichtlich wegen mangelnder Akzeptanz eher zu einer Reduktion des Parkgebührenvolumens führen wird.</p> <p style="text-align: center;">Angaben in EUR</p> <table border="1" data-bbox="927 1161 2038 1225"> <thead> <tr> <th>Einnahmeerhöhung</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th>2012</th> <th>2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>20.000</td> <td>30.000</td> <td>30.000</td> <td>30.000</td> </tr> </tbody> </table>	Einnahmeerhöhung	2010	2011	2012	2013		20.000	30.000	30.000	30.000
Einnahmeerhöhung	2010	2011	2012	2013								
	20.000	30.000	30.000	30.000								

## 6 Ergebnis der Haushaltssicherung

Mit den aufgeführten Maßnahmen gelingt es die geordnete Haushaltswirtschaft vollständig wieder herzustellen. Hinsichtlich der Auswirkungen auf den Finanzplan wird im Folgenden eine grobe Übersicht der Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben gegeben. Im Detail wird auf den Finanzplan und die diesbezüglichen Erläuterungen im Band 2 ab Seite 114 des Haushaltsplanes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald verwiesen.

Mit dem Konzept waren keine Fragestellungen lösbar, die sich aus verschiedenen gravierenden Änderungen in den nächsten Jahren ergeben. Dies sind insbesondere die Fragen nach den Veränderungen für die kommunalen Finanzen durch die Gesetze der Bundesregierung zur Konjunkturbelebung, nach dem Fortbestand der ARGE, nach den Veränderungen in Folge der Kreisgebietsreform und nach Veränderungen, die mit der Einführung des Neuen Haushalts- und Rechnungswesens verbunden sind.

Abschließend bleibt festzustellen, dass nach den zur Zeit bekannten Rahmenbedingungen die Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit dem Haushaltssicherungskonzept den gesetzlichen Verpflichtungen nachkommt und ihrer Verantwortung für die Bürger der Stadt gerecht wird.

<b>Haushaltsjahr</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Werte in EUR	<b>vor. Ist</b>	<b>Planwerte vor Haushaltssicherung in EUR</b>			
Einnahmen gesamt	140.375.600	133.483.900	135.180.600	134.821.700	134.978.100
Ausgaben gesamt	140.395.600	138.794.800	136.295.000	141.701.700	138.690.500
Gesamtfehlbeträge der Haushaltsjahre	20.000	5.310.900	1.114.400	6.880.000	3.712.400
davon Altfehlbeträge					
aus 2007	6.624.500				
aus 2008		2.843.400			
aus 2009			20.000		
aus 2010				5.310.900	
aus 2011					1.114.400
jahresbezogene Fehlbeträge		2.467.500	1.094.400	1.569.100	2.598.000
<b>Gesamtkonsolidierungsbedarf</b>					<b>10.592.400</b>
		<b>Planwerte nach Haushaltssicherung in EUR</b>			
<b>Einnahmesteigerungen</b>		<b>264.200</b>	<b>447.200</b>	<b>497.200</b>	<b>547.200</b>
<b>Ausgabereduzierungen</b>		<b>1.081.000</b>	<b>1.746.300</b>	<b>2.597.100</b>	<b>3.629.100</b>
Konsolidierungsvolumen Summe		1.345.200	2.193.500	3.094.300	4.176.300
Einnahmen nach Konsolidierung		133.748.100	135.627.800	135.318.900	135.525.300
Ausgaben nach Konsolidierung		137.713.800	134.548.700	137.759.400	133.947.000
Neuer Fehlbetrag		3.965.700		2.440.500	
Neuer Überschuss			1.079.100		1.578.300
davon Altfehlbeträge					
aus 2008		2.843.400			
aus 2009			20.000		
aus 2010				3.965.700	
aus 2011 Überschuss					1.079.100
jahresbezogene Fehlbeträge nach HSK		1.122.300			
jahresbezogene Überschüsse nach HSK			1.099.100	1.525.200	1.578.300
Verbleibender Überschuss nach Konsolidierung					216.900
<b>Gesamtkonsolidierungsbetrag</b>					<b>10.809.300</b>

## 7 Übersicht der Maßnahmen

Maßnahme	Kurzbezeichnung	Mehreinnahmen/Minderausgaben			
		2010	2011	2012	2013
Nr.					
1	Grundsteuer B	250.000	250.000	250.000	250.000
2	Gewerbesteuer	0	100.000	100.000	100.000
3	ÖPNV - höhere Gewinnausschüttung Stadtwerke	0	50.000	100.000	150.000
4	Einsparungen durch Bildung eines Beauftragtenbüros	0	12.700	12.700	12.700
5	Einsparungen durch technisches Rathaus	0	100.000	400.000	500.000
6	Reduzierung des Unterhaltungsaufwandes für Gebäude	0	80.000	160.000	160.000
7	Ausbau elektronischer Dokumentenverarbeitung	0	0	20.000	30.000
8	Reduzierung Personalausgaben	400.000	500.000	800.000	1.600.000
9	Reduzierung der Ausgaben für Abfindungen	60.000	120.000	120.000	120.000
10	Reduzierung der Ausgaben für Softwarelizenzen	0	20.000	20.000	20.000
11	Reduzierung Zuschuss Fremdenverkehrsverein	0	35.000	35.000	35.000
12	Reduzierung Zuschuss VGI	5.000	5.000	5.000	5.000
13	Reduzierung Hausmeistereinsatz an Berufsschulen	0	36.000	36.000	36.000
14	Einsparungen durch Gebäudetechnik	60.000	100.000	150.000	150.000
15	Reduzierung der Zuschüsse an Sportvereine	25.000	25.000	25.000	25.000
16	Einbeziehung von Ligaspielen in die Gebührenerhebung	0	3.000	3.000	3.000
17	Senkung der Sozialausgaben durch Schaffung eines durchgängigem Fallmanagements	0	50.000	100.000	200.000
18	Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	0	63.500	114.300	114.300
19	Senkung der Fallkosten im intensiv betreuten Wohnen	24.000	24.000	24.000	24.000
20	Beteiligung Landkreise an der Finanzierung Frauenhaus	7.000	20.000	20.000	20.000
21	Reduzierung Zuschuss institutionelle Beratung	10.000	20.000	20.000	20.000
22	Einsparung bei sozialer Gruppenarbeit	0	20.000	20.000	20.000
23	Reduzierung der Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung	354.200	354.200	354.200	354.200
24	Einsparung bei Suchtberatung	0	0	0	22.000
25	Zuschussreduzierung Gesundheitsamt	0	20.000	20.000	20.000
26	Einstellung des Zuschusses an die Umweltbibliothek	0	5.100	5.100	5.100
27	Reduzierung der Aufwendungen für Straßenbeleuchtung	30.000	50.000	50.000	50.000
28	Anpassung der Gebührenkalkulation Friedhof	100.000	100.000	100.000	100.000
29	Parkgebühren	20.000	30.000	30.000	30.000
<b>Summen</b>		<b>1.345.200</b>	<b>2.193.500</b>	<b>3.094.300</b>	<b>4.176.300</b>
<b>Gesamtkonsolidierungsvolumen</b>		<b>10.809.300</b>			

## 8 Finanzplanung 2010-2013 als Ausgangspunkt des HSK

Der im Folgenden dargestellte Finanzplan enthält alle Werte der aktuellen Steuerschätzung; die Änderungen nach Novellierung des FAG 2010, die Auswirkungen des Stabilisierungsfonds und bildet somit den Ausgangspunkt für Haushaltssicherungsmaßnahmen. Aus diesem Finanzplan ergibt sich die Berechnung des Konsolidierungsbedarfes unter Gliederungs- Nr. 5.1 dieses Konzeptes.

Bezeichnung	Gruppierung	Nr.	Plan 2010	FPL 2011	FPL 2012	FPL 2013
<b>Einnahmen</b>						
Grundsteuer A		000	22.000	22.000	22.000	22.000
Grundsteuer B		001	4.050.000	4.100.000	4.150.000	4.200.000
Gewerbesteuer(Brutto)		003	12.000.000	12.800.000	13.500.000	14.100.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer		010	8.278.100	8.300.000	8.900.000	9.500.000
Gemeindeanteil an der Ust.		012	1.867.100	1.902.000	2.100.000	2.200.000
Sonstige Vergütungssteuern		021	200.000	200.000	200.000	200.000
Hundesteuern		022	150.000	150.000	150.000	150.000
Schlüsselzuweisungen		041	20.618.000	19.800.000	18.522.000	17.300.000
sonstige allgemeine Zuweisungen. v. Land		061	11.190.700	11.190.700	11.190.700	11.190.700
Umlandumlage		072	382.000	382.000	382.000	382.000
Familienleistungs-Ausgleich		091	2.391.100	2.300.000	2.300.000	2.300.000
4. Gesetz f. moderne DL am Arbeitsmarkt		092	1.243.000	1.243.000	1.243.000	830.000
Leist. d. Zusammenführung von ALH u. SH §11 Abs.3a		093	2.970.000	2.970.000	2.970.000	2.970.000
Verwaltungsgebühren		10	1.890.800	1.854.000	1.850.000	1.900.000
Benutzungsgebühren u. ähnliche Entgelte		11	14.747.400	15.666.000	15.954.000	16.400.000
Einnahmen aus Verkauf		13	436.600	431.400	428.900	426.400
Mieten u. Pachten		14	2.097.300	2.067.000	2.077.000	2.088.000
Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen		150	127.900	151.000	157.000	163.000
Vermischte Einnahmen		157	0	0	0	0
Verrechnung mit Ausgaben des VMHH		158	24.000	20.100	20.300	20.500
Mehrwertsteuer		159	249.000	190.000	195.000	205.000
Erstattung von Ausgaben des VWH vom Bund		160	2.421.000	2.510.000	2.530.000	2.550.000
Erstattung von Ausgaben des VWH vom Land		161	1.618.900	1.534.200	1.580.100	1.511.100
Erstattung von Ausgaben des VWH von Gemeinden		162	6.381.200	6.381.000	6.381.000	6.381.000
Erstattung von Ausgaben des VWH von Zweckverbänden		163	25.000	16.500	17.000	17.500

Bezeichnung Gruppierung	Nr.	Plan	FPL	FPL	FPL
		2010	2011	2012	2013
Erstattungen von Ausgaben des VMH von privaten Unternehmen	166	127.300	131.300	131.300	131.300
Erstattungen von Ausgaben des VMH für übrige Bereiche	167	74.700	63.700	48.700	48.700
Innere Verrechnungen	169	2.287.000	2.287.000	2.287.000	2.287.000
Zuweisungen u. Zuschüsse vom Bund	170	139.800	140.000	140.000	140.000
Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land	171	17.144.000	17.150.000	16.950.000	16.900.000
Zuweisungen u. Zuschüsse von Gemeinden	172	0	0	0	0
Zuweisungen u. Zuschüsse von sonstigen Bereichen	174	2.600	2.600	2.600	2.600
Zuweisungen u. Zuschüsse von privaten Unternehmen	176	12.400	9.400	9.400	9.400
Zuweisungen u. Zuschüsse von übrigen Bereichen	177	154.000	154.000	154.000	154.000
Leist. des Landes für Unterkunft u. Heizung	191	3.611.000	3.647.800	3.519.000	3.335.000
Zinseinnahmen von öffentlichen Bereichen	205	11.000	11.000	11.000	11.000
Zinseinnahmen von übrigen Bereichen	207	6.000	6.000	6.000	6.000
Gewinnanteile von öffentlichen Unternehmen	21	4.622.400	5.597.000	5.792.000	6.008.000
Konzessionsabgaben	22	2.520.100	2.538.000	2.560.000	2.560.000
Ersatz Soz. Leistungen. außerh. u. Kostenersatz	240, 241	187.900	185.200	184.200	181.400
Ers. Soz. Leistg. außerh. u. KE Übergeleit. U Ansprüche	243	1.000	700	700	700
Leist. v. Sozialleistungsträgern	245	30.800	29.000	29.000	29.000
Rückzahlung gewährter Hilfen	249	19.200	16.700	16.700	16.700
Kostenbeiträge u. Aufwendungen	251	265.800	265.600	265.600	265.600
Übergeleitete Unterhaltsansprüche	253	156.400	155.500	155.500	155.500
Leistungen v. Sozialleistungsträgern	255	2.219.400	2.174.000	2.154.100	2.144.100
Bußgelder	260	969.100	969.300	969.300	969.300
Steuerliche Nebenleistungen	261	188.400	188.400	188.100	188.100
Entnahme Rücklage	264	0	0	0	0
Verzinsung v. Steuernachforderungen	265	150.000	150.000	150.000	150.000
Abschreibungen	270	867.000	882.000	882.000	882.000
Verzinsung	275	1.368.000	1.374.000	1.374.000	1.374.000
Zuführungen vom VMH	28	946.000	850.000	0	0
<b>Einnahmen gesamt</b>		<b>133.484.100</b>	<b>135.180.600</b>	<b>134.821.700</b>	<b>134.978.100</b>

<b>Ausgaben</b>					
<b>Bezeichnung Gruppierung</b>	<b>Nr.</b>	<b>Plan 2010</b>	<b>FPL 2011</b>	<b>FPL 2012</b>	<b>FPL 2013</b>
Aufwendungen f. ehrenamtliche Tätigkeiten	40	83.300	83.000	83.000	83.000
Dienstbezüge Beamte	410	2.766.100	2.829.500	2.862.600	2.895.500
Ausgaben Besoldung	411	170.000	169.700	172.100	174.300
Angestelltenvergütung	414	32.411.200	32.885.500	33.240.900	33.658.200
Arbeitervergütung	415	0	0	0	0
Beschäftigungsentgelte	416	353.000	145.000	144.000	148.000
Versorg.Bezü. Beamte	420	15.600	15.600	15.600	15.600
Beiträge z.Vorsorgekassen Beamte	430	565.200	576.500	581.600	584.000
Beiträge z.Vorsorgekassen Angestellte	434	1.150.300	1.167.700	1.179.300	1.194.000
Beiträge z.Vorsorgekassen Arbeiter	435	0	0	0	0
Beiträge z.Vorsorgekassen Sonstige	438	200	0	0	0
Beiträge z. gesetz. SV Beamte	440	0	0	0	0
Beiträge z. gesetz. SV Angestellte	444	6.278.400	6.403.200	6.471.100	6.551.400
Beiträge z. gesetz. SV Arbeiter	445	0	0	0	0
Beiträge z. gesetz. SV Sonstige	448	297.000	300.900	304.000	307.400
Beihilfen, Unterstützungen	45	217.700	217.700	217.700	215.700
Personal.Nebenausgaben	46	27.300	25.300	25.300	25.300
Unterf. der Grundstücke u. baul. Anlagen	50	1.227.000	1.200.000	1.200.000	1.800.000
Unterf. Des sonst. Unbewegl. Vermögens	51	971.000	1.000.000	1.000.000	1.050.000
Geräte, Ausstattungen, Austr.-Gegenst.	52	490.000	390.000	320.000	310.000
Mieten und Pachten	53	891.000	654.200	629.000	629.400
Bewirts. d. Grundst. u. baul. Anlagen	54	4.383.000	4.427.000	3.950.000	4.000.000
Haltung v. Fahrzeugen	55	432.800	443.800	420.000	400.000
Besondere Aufw. f. Bedienstete	56	387.000	374.800	359.600	360.000
Weitere Verw. U. Betriebsausgaben	57-63	9.989.000	10.400.000	10.500.000	10.600.000
Schülerbeförderungskosten	639	150.000	150.000	150.000	150.000
Steuern, Versicherungen, Schadenfälle	64	696.000	576.400	576.400	576.400
Geschäftsausgaben	65	1.013.000	1.000.000	900.000	900.000
Sonst. Allg. sächl. Ausgaben	661/662	121.000	126.400	120.800	110.000
Fraktionszuwendung	669	97.000	97.000	97.000	97.000
Erst. V. Ausg. des VWH Bund	670	1.000	1.000	1.000	1.000
Erst. V. Ausg. des VWH Gemeinden	672	7.109.900	6.894.900	6.894.900	6.894.900
Erst. V. Ausg. des VWH Sonstige	674	821.000	909.700	999.700	1.008.900
Erst. V. Ausg. des VWH öff. Wirtsch. Untern.	675	1.038.000	1.038.000	1.038.000	1.038.000

Bezeichnung Gruppierung	Nr.	Plan	FPL	FPL	FPL
		2010	2011	2012	2013
Erst. V. Ausg. des VMH an private Unternehm.	676	0	0	0	0
Erst. V. Ausg. des VMH an übrige Bereiche	677	1.004.900	1.004.900	1.005.900	1.005.900
Innere Verrechnungen	679	2.287.000	2.264.700	2.273.900	2.283.900
Abschreibungen	680	867.000	882.000	882.000	882.000
Verzinsung des Anlagevermögens	685	1.368.000	1.374.000	1.374.000	1.374.000
Leist. F. Unterkunft u. Heizung	691	15.760.000	15.860.000	15.300.000	14.500.000
Leist. a. Arbeitssuchende n. §23 Abs 3 SGB 2	693	240.000	240.000	240.000	240.000
Zuweisungen u Zuschüsse an Land	711	400	400	400	400
Zuweisungen u Zuschüsse an Gemeinden	712	370.000	360.100	360.100	360.100
Zuweisungen u Zuschüsse an Zweckverb. usw.	713	340.500	340.500	340.500	340.500
Zuweisungen u Zuschüsse an Sonst.	714	49.200	49.200	50.200	51.100
Zuweisungen u Zuschüsse an öfftl. wirts. Unt.	715	7.265.000	6.790.100	6.790.100	6.790.100
Zuweisungen u Zuschüsse an private Unt.	716	92.800	92.800	92.800	92.800
Zuweisungen u Zuschüsse an übrige Bereiche	717	3.063.700	3.054.000	3.038.700	3.030.000
Zuweisungen u Zuschüsse an übrige Bereiche	718	88.900	84.100	41.200	33.600
Leist. an nat. Personen ausserh. v. Einr.	73	1.973.600	2.004.000	2.004.000	2.004.000
Leist. an nat. Personen in Einrichtungen	74	10.462.000	10.752.400	10.898.500	10.952.500
Leistungen an Kriegsopter	75	27.700	22.600	11.200	11.200
Leistungen der Jugendhilfe	76	3.813.000	3.854.900	3.855.500	3.855.500
Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen	77	2.133.000	2.171.000	2.171.000	2.171.000
Sonstige soziale Leistungen	78	4.855.700	4.841.400	4.843.400	4.844.400
Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz	79	361.600	354.600	354.600	354.600
Zinsausgaben an Land	801	814.000	1.011.400	969.900	687.500
Zinsausgaben an Kreditmarkt	808	1.069.900	606.800	575.000	378.600
Zinsausgaben für innere Darlehen	809	0	0	0	0
Gewerbesteuerumlage	810	1.063.000	1.165.200	1.302.600	1.479.800

<b>Bezeichnung Gruppierung</b>	<b>Nr.</b>	<b>Plan</b>	<b>FPL</b>	<b>FPL</b>	<b>FPL</b>
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Inanspruchnahme v. Bürgschaften	840	0	0	0	0
Sonstige Finanzausgaben	841	0	0	0	0
Verzinsung v. Steuererstattungen	845	100.000	100.000	100.000	100.000
Zuf. Zum Vermögenshaushalt	860	2.110.500	2.316.100	2.886.700	3.799.600
Zuführung d. Rückstellung zum VMHH	869	217.000	175.000	175.000	175.000
Deckung v. Sollfehlbeträgen des VMHH	892	2.843.400	20.000	5.310.900	1.114.400
<b>Einnahmen gesamt</b>		<b>133.483.900</b>	<b>135.180.600</b>	<b>134.821.700</b>	<b>134.978.100</b>
<b>Ausgaben gesamt</b>		<b>138.794.800</b>	<b>136.295.000</b>	<b>141.701.700</b>	<b>138.690.500</b>
<b>Saldo</b>		<b>-5.310.900</b>	<b>-1.114.400</b>	<b>-6.880.000</b>	<b>-3.712.400</b>

**Beschluss öffentlich  
 B83-04/09**


öffentlich: Ja  
 Drucksachen-Nr.: 05/108  
 Erfassungsdatum: 02.10.2009

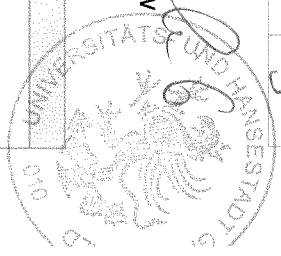
**Beschlussdatum:**  
 14.12.2009

**Einbringer:**  
 Dez. I , Amt 20

**Beratungsgegenstand:** Haushaltssicherungskonzept 2009

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
SS Finanzausschuss	16.11.2009					
Finanzausschuss	23.11.2009	5.1		12	0	0
Jugendhilfeausschuss	05.10.2009		Einzelabstimmung der Maßnahmen			
Bauausschuss	24.11.2009	6.1		12	0	0
Sportausschuss	24.11.2009	3.3		10	0	2
Sozialausschuss	25.11.2009	4.1	mit Änderungen	11	0	0
Bildungsausschuss	25.11.2009	6.1		9	1	0
Hauptausschuss	19.10.2009	3.4	auf TO der BS gesetzt	10	3	0
Bürgerschaft	02.11.2009	6.1	erste Lesung	13	0	0
Hauptausschuss	30.11.2009	4.9		13	0	0
Bürgerschaft	14.12.2009	6.1		36	0	3

  
 Egbert Liskow  
 Präsident



**Beschlusskontrolle:** Termin:

Haushaltsrechtliche Auswirkungen?	Haushalt	Haushaltsjahr
Ja		

**Beschlussvorschlag**  
 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt das  
 Haushaltssicherungskonzept 2009

**Sachdarstellung/ Begründung**  
 mündlich durch das zuständige Fachamt

**Anlagen:** Haushaltssicherungskonzept Greifswald für die Jahre 2010 - 2013